

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

41. Woche für die Zeit vom 9. bis 15. Oktober 1903.

Posen, den 20. Oktober 1903.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 232 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 11. Oktober 1903:

Zum Denkmal des Fürsten Bismarck in Posen.

Hier hat man dich hergestellt? Sollst du etwa als Türhüter
Den Zugang in die Stadt hüten,
Um sie zu schützen vor der unglaublichen Seele,
Den Keim der Empörung nicht hineinzulassen?
Oder richtest Du wie ein Zöllner dein Auge
Auf jedes Vorübergehenden Antlitz,
Damit in dieses Bereich sich unter geheimer Hülle
Das polnische Verbrechen nicht eindrange?
Hast Du dich schließlich aufgerichtet wie ein Herold,
Wie ein Testament der Drohung, die sich höllenhoch
aufstürmt,

Damit unablässig neue Ritter der Vernichtung
Aus diesen Tiefen hervorgingen?

Ja! Du sollst leuchten als ein Wahrzeichen

Und künden die Losung der Ausrottung,

Als Todesvogel sollst du kreisen

Über dem Leben, das erlösen ist!

Denn nicht deinem Ruhme wurde dieses Denkmal errichtet
Und dieses Fest ist kein Fest der Liebe!

Bosheit und Gift der Jahrhunderte hat die Metalle
umgeschmolzen,

Und Bosheit wurde in dieses Erz hineingebannt.

Die Bosheit darüber, daß wir bis jetzt inmitten der
zusammengeballten Woge,

In der Bedrängnis grausamer Mase nicht stehen
geblieben sind,

Daß hier der Väter Sprache Christentum lobpreist

Und in wundervollem Liede aufblüht,

Daß die Vergangenheit bis jetzt in unserer Seele
weiterlebt,

Daß die Herzen die Zukunft nicht verleugnet haben,

Daß wir mitten im martirischen Leben und Tode

Nicht zu Zwergen verkümmert sind,

Daß es noch voll Leben ist in diesem Bienenkorb der
Piaften,

Daß die Arbeit von Erfolg gekrönt wird, und

Daß die Erde, stöhnend in dem schon Jahrhunderte
dauernden Schmerz,

Mit polnischer Ahre vergoldet wird.

Darum riefen sie aus: Du, unser Führer,

Führe uns zum Kampfe, zum Raube,

Wir sind deiner Gedanken treue Hüter,

Sei du uns gleich einer Feuerfäule,

Entzünde in den Herzen die Begierden der Jahr-
hunderte,

Mögen sie von Gift sogar anschwellen,
Und bald werden die Ketten der polnischen Hütten
Nachgeben und zerspringen.

Komm, o Herr, verherrliche mit deiner Gegenwart
dieses hochzeitliche Fest,
Erleuchte uns durch Beispiel und Eingebung, wie man
Völker mordet.

Von deiner Größe mögen Stäubchen

Fallen in die kleinen Geister.

Du gib uns Macht vor Recht!

Und bevor wir dem Polenreich hier den Grabhügel

Schütten, bevor sich unser Ziel verwirklicht,

Richtet heut unser Arm auf

Das blutige Zeichen der Kämpfe und des Großs,

Das Denkmal des Hasses!

O Gott! Du sendest über uns herab ein übermaß
von Bitterkeit.

Zum Joch des Schmerzes, das uns bedrückt,
Wurde noch irgendwo aus der Seelen düstern Wildnis
Hinzugefügt Hohn und Spott zum Übersuß.

Ohne uns die Strafe etwas zu lindern, zu verwischen,
Wurde dieser sogar aus dem Dunkel des Jenseits
gebannt,

Damit wir hierher täglich blicken müssen

In das Antlitz unserer Henker.

Wartet! Auch wir werden uns im Gedränge einfunden,
Trotz der Rufe des Triumphs und des Geheuls

Und mitten im blutigen Vernichtungsurteil
Werden wir kommen still des Lebens Gelübde
zu erneuern.

Wiewohl wir angesichts vieler Tausende nur tausend sind,
Wiewohl die Handvoll unter der Menge und unter
dem Böbel verschwindet,

Werden wir uns einstellen, um dort unsere Herzen
eidlich zu verpflichten,

Daß wir in unterwürfigem Dienst ausharren und treu
sein werden

Dem, wogegen euer Führer feurige Donnereschläge
geschleudert hat,

Dem, was er mit Wort und Tat geschändet hat,

Daß wir den Glauben, die Sprache, die Wohnungen

So ehren und lieben werden, wie er sie gehaßt hat.

Unre Herzen also wird verschmelzen und verbinden
Der eiserne Kanzler.

So furchtbar er aber ist und so gewaltig,

Seine ungestüme Kraft wird den einfachen Mann
nicht bezwingen,

Welcher trotz der Düsterei und Not des Lebens

Wie eine Lebensregel und wie ein Gesetz Gottes

Still den Faden der Ewigkeit aufwickelt und spinnst,

Der unbeugsame Sämann.

Aus Nr. 232 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 11. Oktober 1903:

„Bismarck in Posen“.

Morgen wird in den Anlagen Posens das Denkmal Bismarcks enthüllt werden. Die Deutschen veranstalten aus dieser Veranlassung eine große Festlichkeit. Es ist sehr natürlich, daß wir Polen dieser Tatsache gegenüber nicht alles sagen können, was wir auf dem Herzen haben. Aber auch schweigen dürfen wir nicht, da uns sonst unsere Gegner der Engherzigkeit zeihen könnten. Wir wundern uns nicht und nehmen es den Deutschen auch gar nicht übel, daß sie ihre Helden, und solche, die sie dafür halten, mit Worten und Denkmälern ehren. Aber wahrlich, das deutsche Vaterland ist doch groß genug, um Platz für solche Denkmäler zu bieten. Daß man beschloß, dieses Denkmal bei uns zu errichten und es auch tatsächlich aufgestellt hat, beweist nur, daß der Hafatismus die öffentliche Meinung — mild ausgedrückt — ganz empfindungslos gemacht hat für humanitäre Rücksichten. Es gehörte sich nicht, die Gestalt des eisernen Kanzlers in Bronze bei uns aufzustellen, wo sein Geist in den Herzen der Mehrheit der Bevölkerung keine Gastfreundschaft findet. Wir wollen hier nicht aufzählen, womit der eiserne Kanzler uns empfindlich beleidigt und getroffen hat, sei es auf materiellem Gebiet, sei es in moralischer Beziehung. Es kann deshalb auch niemand von uns verlangen, daß wir an den Feierlichkeiten irgend welchen Anteil nehmen: Es sei denn, daß wir in diesem Augenblicke den stillen Wunsch haben, daß diejenigen, die ihn ehren und ihn immer höher stellen, uns zum Nachteil, bald durchschauen möchten, welchen Segen die Tätigkeit dieses Helden dem deutschen Volke gebracht hat. Es ist vielleicht kein Spiel des Zufalls, daß am Vorabend der Denkmalsenthüllung ein häßlicher Prozeß in Deutschland sein Ende erreichte mit der Verurteilung des Angeklagten zu 8 Jahren Zuchthaus für die barbarische Mißhandlung eines Schülers, des Sohnes einer der angesehensten Familien Berlins. Solche Früchte wachsen auf dem Boden einer Bismarckischen Kultur in Deutschland selbst, eine solche historische Nemesis erreicht Euch in Euren Kindern für die Malträtierungen in Breschen, Mamslig usw. Stehe, Mann in Erz, in der ganzen Zurechtbarkeit deiner Gestalt; heute wird dich weder ein polnisches Auge anschauen, noch wird je ein polnisches Herz für dich schlagen. Vielleicht sendet dir ein Murawiew aus Wilna einen Gruß — einen amtlichen, ob einen herzlichen, möchten wir bezweifeln.

Aus Nr. 230 des Wielkopolanin (Posen)
vom 9. Oktober 1903:

Zwei Denkmäler auf polnischer Erde

wurden im Oktober des Jahres 1903 errichtet, das eine zu Grodek in Galizien dem Könige Ladislaus Jagiello, unter dessen Zepher sich zwei slawische SchwesterNationen verschmolzen haben: die polnische und die litauische. Ein großes Fest feierte diese Stadt, und an dieser Feier haben große Mengen polnisches Volk jener Gegend teilgenommen, — diejenigen aber, welche nicht kommen konnten, vereinten und vereinen sich in einem gemeinsamen Gedanken mit ihren Landsleuten. „Und wenn diese Liebe der einen Kirche, wenn die Hoffnung nicht wäre, welche die Stirnen erheitert, und wenn es die Liebe nicht gäbe, welche uns verknüpft, — schon würden die Brüder das Antlitz ihrer Brüder nicht mehr erkennen. Doch ein

gar zu festes Band verflucht uns im Unglück: an der Mutterliebe erkennt heut der Bruder den Bruder.“ Solch' erhabene Gedanken hat uns hinterlassen unser Dichter Ladislaus Syrokomla — (Kondratowicz)!

Schließen wir uns daher in diesem Gedanken zusammen und stellen wir Betrachtungen darüber an, daß die früher glänzende Geschichte unseres Volkes, — heut traurig, aber voller Hoffnung ist, denn ein gewisser deutscher Parlamentarier hat den Ausspruch getan: Hundert Jahre Unrecht sind noch keine Stunde Recht!

Das zweite Denkmal, welches sich in Posen erhebt und uns Polen zur widerwärtigen Erinnerung am 11. d. Mts. enthüllt werden wird, — ist das Denkmal Otto Bismarcks.

Heut kennt jedes polnische Kind von den Eltern jenes Taten, die unsere Unterdrückung erstrebten. Dieses Denkmal werden bei der Enthüllung Volksmengen umgeben, von welchen Gefühlen aber werden diese erfüllt sein! In den Ansprachen, die zu erwarten sind, wird der leitende Gedanke nicht der von der Brüderlichkeit der Völker sein, — sondern von dem Eigendünkel des einen Stammes, der, zu vorübergehender Macht angewachsen, andere brutal beherrschen will nach dem Wahlspruch: Gewalt geht vor Recht!

Wir werden bei dieser Feier nicht zugegen sein, — die Statue aber wird uns eine beständige Mahnung sein, daß wir einig in Empfindungen, einig in Taten, treu zu unserer Rationalität durch allen Zeiten stehen sollen, solange unser Leben auf Erden reicht!

Polnische Mütter, verjammelt eure Kinder um dieses Denkmal und erklärt ihnen, was dieser unlängst verstorbene Mann dem polnischen Volke gewesen!

Aus Nr. 230 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 10. Oktober 1903:

Ein Denkmal Otto Bismarcks,

des „eisernen Kanzlers“, eines der größten Polenfeinde, dessen Größe eben auf der Ausrottung unserer Rationalität beruht — wird sich auf polnischer Erde, im Herzen von Großpolen, in Posen erheben.

Daß die Hafatisten in diesem Denkmal die Verkörperung ihrer polenfreierischen Bestrebungen erblicken, nimmt niemanden wunder. Bismarck war ja ihr Beschützer und Lehrer, sie unternahmen Reisen zu ihrem Abgott in Friedrichsruh und mit seinem Anblick stärkten sie sich zum Exstirpationskampfe mit den Polen, seine Losung „ausrotten“ eigneten sie sich an.

Das Bismarckdenkmal soll sein ein Ansporn für die Deutschen zur Fortsetzung der Gewaltpolitik und für die Polen die Personifizierung der Kraft, der eisernen Faust, auf daß sie davor zurückschrecken, auf daß sie den Glauben an ihre Lebenskraft, an ihre Stärke verlieren, auf daß sie an sich selbst verzweifeln möchten, denn dann wird es leichter sein, sie zu zermalmen und zu entnationalisieren.

Ob sich die Herren Hafatisten in ihrer Berechnung nicht getäuscht haben, wird die Zeit lehren. Unsere Nation ist ziemlich gestählt und politisch schon soweit ausgebildet, daß der abseits am Abhange der Festungswälle stehende eiserne Kanzler niemanden von uns Schrecken einflößen wird, — dieses Denkmal wird uns vielmehr daran erinnern, was wir uns selbst — und dem Vaterlande — Polen! — schulden.

Das Denkmal wird ferner ein Zeugnis für die große Kraftlosigkeit unserer Gegner sein angesichts der unsterblichen Rationalidee, es wird sein eine Bestätigung der Worte des großen Stasie, daß einzig ein nichtswürdiges Volk untergehen — daß

aber sogar das edelste Volk zu Fall kommen kann, daß der Niedergang eines Volkes noch nicht sein Untergang ist, daß ein Kulturvolk nicht allein Bismarck, sondern überhaupt niemand in der Welt zu vernichten im Stande ist.

Die Initiatoren des Denkmals sind selbst ihrer nicht sicher, sie hegen gewisse Zweifel über die Beteiligung des Publikums an der Enthüllung; es wird uns nämlich mitgeteilt, daß Anstalten getroffen werden, Schulkinder zur Teilnahme an der Denkmalsenthüllung zu versammeln, welche während der Herbstferien stattfinden wird. Den Kindern werden — selbst polnischen — je 50 Pf., im Falle schöner Bekleidung 1 Mk. angeboten und, um sie nur heranzulocken, die Bewirtung mit Kaffee und Kuchen versprochen.

Da wir von Kindern ein gebührendes Verständnis für die Bedeutung eines Bismarckdenkmals nicht verlangen können, werden wir daran keinen Anstoß nehmen, wenn die Kinder für 50 Pf. und Kuchen zum Berliner Tor eilen sollten.

Auch das wird uns nicht wundern, wenn es selbst an polnischem Publikum während des Sonntagsjubels nicht fehlen sollte. Von der Menge, die sich dort einfänden wird, werden nicht einmal neun Zehntel für die Idee Bismarcks Sympathie bekunden, sondern Antipathie. Wie viele werden aus Neugier hingehen, wie viele werden auf den Lippen ein ironisches Lächeln verraten, im Herzen aber Erbitterung? . . .

Das Bismarckdenkmal in Posen wird so manchen erinnern an das in Warschau den „treuen Dienern des Zaren“ errichtete Denkmal, welche die Nation als Vaterlandsverräter betrachtet, sowie an das Denkmal des Henkers Murawiew in Wilna.

Weder jene, noch dieses Denkmal werden den Gefühlen der Polen den geringsten Zwang antun — im Gegenteil, sie alle müssen uns die Pein in Erinnerung bringen, welche das polnische Volk ertragen hat und noch erträgt.

„Gedanken sind zollfrei“ — sagen die Deutschen. So wird auch das Bismarckdenkmal uns Polen Gedanken eingeben, für die es im Strafgesetzbuche bis jetzt keine Paragraphen gibt.

Bei der Enthüllung des Bismarckdenkmals wird sich das Deutschum versammeln, — als Dekorum wird eine künstlich angelockte Menge von Gassern und bezahlten Zuschauern dienen — diese aber werden deutsche Gefühle nicht bekunden, — davon mögen die Deutschen überzeugt sein.

Um Zuhauer anzulocken, wird alles getan! Sogar die in der Mehrheit aus Polen bestehende Schützengilde wird vom Gildenvorstand in dem hakatistischen „Tageblatte“ zur Aufstellung in Reih' und Glied um 10½ Uhr in Paradeuniform mit Waffe aufgefördert.

Wahrlich, wundern muß man sich über den Vorstand, daß er den Mut gehabt hat, die Mitglieder — auch die Polen — zur Enthüllung des Bismarckdenkmals einzuladen. Der Vorstand besteht zur Hälfte aus Polen. Wir fragen, ob die polnischen Mitglieder des Vorstands mit der Form der Einladung einverstanden waren, ob niemand unter ihnen gegen die Beteiligung der Gilde an der Bismarckfeier protestiert hat?

Wir sind überzeugt, daß die polnischen Mitglieder der Schützengilde nicht antreten werden, zumal nach den jüngsten Vorgängen in der Gilde. Wer sich heiß verbrennt — der bläst kalt.

Übrigens werden wir schauen, wer dort zu sehen sein wird!

Ein an der Bismarckfeier teilnehmender Pole in den heutigen Zeiten — wäre ein interessantes, sehenswertes Exemplar.

Die Deutschen mögen „jubeln“; beneiden wir sie nicht darum, uns aber laßt nicht dorthin gehen, wo für uns kein Ort sein sollte.

Schließlich gebietet uns der Verstand und die Überlegung, dorthin nicht zu gehen, um die Deutschen nicht zu stören. Und wenn schon Polen in die Menge hineingeraten sollten, mögen sie Ruhe und Vorsicht beobachten, um nicht den geringsten Vorwand zu Mißheiligkeiten zu bieten.

Aus Nr. 232 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 13. Oktober 1903:

Bismarckfeier.

In dem Festzuge waren sehr wenig Polen zu sehen. Trotz der bombastischen Aufrufe marschierten von der Schützengilde nur ein paar Deutsche, mit Herrn Jaglin an der Spitze, wiewohl in die Gilde 260 deutsche Beamte aufgenommen wurden, die auf Befehl ihren Beitritt gemeldet hatten.

An der Spitze der Töpferinnung schritt der Pole Herr Vinzent Skalski aus Bersitz, Hausbesitzer in der Moltkestraße.

Die Schornsteinfeger marschierten unter Führung des Meisters Herrn Konstantin Andrzejewski von der Wasserstraße, die Bäcker führte an der Innungsmeister Herr Grzeskowski von der Ritterstraße.

Wir bemerkten außerdem im Festzuge Herrn S. Hoffmann aus Wilda, der die Wasserleitung und Kanalisation anlegt und Zementrohre zu verkaufen hat, und den Restaurateur Herrn Piotrowski, der mit dem eisernen Kreuze auf der Brust imponierend ausjah.

Aus Nr. 234 des Wielkopolanin (Posen)

vom 14. Oktober 1903:

Eine politische Manifestation.

Solange Posen besteht, gab es für uns Polen eine ähnliche, widerwärtige Manifestation nicht! Sie wurde von den Hakatisten der auf eigener Erde ansässigen polnischen Nation zum Trotz veranstaltet. Diese Manifestation ist die Enthüllung des Bismarckdenkmals, welche am Sonntag Mittag stattgefunden hat. Es ist eine seit Jahrhunderten gepflogene Sitte, daß seinen Kriegshelden oder verdienten Männern die Bevölkerung desjenigen Landes Denkmäler errichtet, in welchem der von allen geliebte und geehrte Mann gelebt und zum Wohle dieser Bevölkerung gewirkt hat. Allein einem der Gesamtbevölkerung verhassten Manne ein Denkmal zu errichten, — das ist ein roher Einfall! Das ist für diese Bevölkerung eine Drohung, welche nicht auf der Gerechtigkeit beruht.

Wie war nun diese politische Manifestation?

Durch geheime Ukase wurden aus fernen Gegenden Schwärme von Beamten aller Abteilungen zusammengerufen. Wie gemeldet wurde, nahmen sogar 500 Postunterbeamte an dem Festzuge teil. Der Festzug durch die Stadt selbst war in großem Maßstabe angelegt und künstlich ausgedehnt, damit er imponierte.

Die hakatistischen Blätter haben angekündigt, daß aus der Provinz, sogar aus dem benachbarten West- und Ostpreußen an 5000 Mitglieder der verschiedensten Vereine eintreffen werden, — natürlich, um die etwaigen Lücken auszufüllen. Der patriotischen Begeisterung der Posener Deutschen wurde nicht recht getraut, so wurden sie also von weither zusammengeblasen. Und die Ahnungen waren berechtigt, denn von der Schützengilde z. B., welche einige hundert

Mitglieder zählt, traten bloß 12 Uniformierte im Festzuge an. Neben den Postbeamten waren am meisten Bahn-Unterbeamte vertreten; ihre Fahrt hat nichts gekostet und zahlreich sind ja die Reihen solcher willenloser und unwissender Leute.

Der ganze Festzug glich einem Begräbniszuge; in den Gesichtern der Teilnehmer lag keine Begeisterung, sondern offenkundiger Zwang, — denn wie sollten sie sich freuen, da sich unter den zusammengetriebenen Mengen viele unserer Landsleute unfreiwillig befanden, — die Scharen des dem Festzuge zuschauenden Publikums waren überaus spärlich, obgleich es Sonntag und die Mittagsstunde war. Nirgends Hochrufe — nirgends Begeisterung! Hätten die Initiatoren dieser widerwärtigen Feier hören können, was unter dem Volke über sie gesprochen wurde, so würden sie gelindere Saiten aufgezo-gen haben. So gar die freisinnigen Bürger, Deutsche und Juden, be-eilten sich nicht zu dieser Manifestation, denn sie fühlen, daß es vor der „Wirtschaft“ Bismarcks weniger Beamte, weniger Militär, mithin auch kleinere Steuern, und statt dessen einen immer größeren Gesamtwohlstand gab!

Am Ort der Enthüllung des uns für alle Zeiten verhassten Denkmals fand natürlich eine amtliche Feier statt, welcher große Beamtenfiguren beiwohnten. Dabei wurden begeisterte Reden gehalten und Hochrufe ausgebracht, jedoch schallten diese nur soweit, als die zusammengeblasenen Volksmengen reichten. Begeisterung gab es unter der Bevölkerung nicht.

Statt dessen feierten die Hatzisten mit Frohsinn. So manche Lobeshymne brachten sie dem dar, welcher „Gewalt vor Recht“ eine Tugend nannte, und welcher an der brutalen Faust eine Stütze finden hieß. Er, der behauptete, daß der Deutsche heute so fest stehe — er hat einen gar zu frechen Lehrsat gegen den Himmel aufgestellt — daß er außer Gott niemand in der Welt fürchtet, er selbst ist gefallen und ist zu seiner Schande nach Kanossa gegangen! Was auf unmoralische Weise begonnen wird, hat keine Daseinsberechtigung.

So war es immer auf der Welt und es wird in Ewigkeit so bleiben. Sollte eine solche Macht sogar den Zenith erreichen, Gott wird ihr für die Zukunft seinen Schutz verjagen.

Aus Nr. 234 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 14. Oktober 1903:

Zur Posener Bismarckfeier

meint der Dziennik u. a.:

„Wenn Fürst Herbert unsere Verhältnisse kannte, würde er die polnische Einigkeit wohl nicht den Deutschen als Muster hinstellen, und wenn er glaubte, die Polen würden nach seiner Philippika die polnische Fraktion auflösen, so müßte man an seinem politischen Scharfsinn völlig zweifeln. Diese Rede hat sogar die Posener Zeitung einer scharfen Kritik unterworfen, sie spottet geradezu darüber, daß 50 Millionen Deutsche 3 Millionen Polen fürchten und sie versichert, daß weder Ausnahmegesetze noch Diktaturparagraphen den Frieden in ein von einer gemischten Bevölkerung bewohntes Land bringen würden. Fürst Herbert muß über sein Verweilen in Posen nicht besonders erbaut gewesen sein, da er noch spät Abends mit seiner Gemahlin nach Berlin abreiste. Die Rede des Finanzministers von Rheinbaben sehen die einen als Berichtigung der Rede des Fürsten Herbert an, andere, zu denen die „Germania“ gehört, als lediglich versteckten Ausfall gegen die Polen. Die „Germania“ sagt:

„Zu unserem großen Leidwesen können wir den Worten des Ministers von Rheinbaben nicht zustimmen und wir würden es lieber sehen, wenn statt der Äußerung über den Kampf mit den Polen ein Wort des Friedens und der Versöhnung gefallen wäre, wenn der Herr Minister beim Halten seiner Rede sich bewußt gewesen wäre, daß die Polen gleichberechtigte Staatsbürger sind und daß es infolgedessen sich nicht ziemt, daß ein Repräsentant der Regierung in einer Provinz, wo die Deutschen mit den Polen in Frieden leben sollen, seine Worte zu Gunsten eines Teiles in die Waagschale wirft, so daß der andere Teil darin eine Hintanzetzung und eine kriegerische Stellungnahme erblicken muß. Die Rede des Kaisers in Bromberg hatte eine weit friedlichere Fassung!“

Immerhin ist obige Erklärung der „Germania“ im jetzigen Moment bezeichnend. Möglicherweise jedoch, daß diese Erklärung ein anderer Mitarbeiter des Blattes geschrieben hat, als der, welcher neuerdings den Polen den Krieg erklärt hatte. Solche Inkonsistenzen kommen oft in einem epochemachenden Moment vor. Einstweilen hat also die „Germania“ wiederum im „alten Stile“ geredet, was wir mit Befriedigung notieren.

Eine Rede ganz besondrer Art scheint Freiherr von Wilamowitz-Möllendorf gehalten zu haben, denn die Posener Zeitung greift ihn dieserhalb scharf an. Er soll nicht nur das Ausrotten der Polen, sondern auch des ganzen deutschen dritten Standes empfohlen haben zu Gunsten der deutschen Agrarier.

Auch Minister von Hammerstein vollbrachte eine Leistung im antipolnischen Sinne. Das Bismarckdenkmal soll nach seiner Ansicht sowohl für die ausländischen als auch für die inländischen Polen ein Symbol sein, welches den deutschen Charakter des Landes feststellt. Uns davon zu überzeugen wird schon schwer sein, solange eine polnische Seele lebt. Und was Posen anbetrifft, so ist es nie, selbst zu polnischen Zeiten nicht, so sehr polnisch gewesen, wie gegenwärtig.

Aus Nr. 234 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 14. Oktober 1903:

Der Goniec und der Drendownik veröffentlichen eine fast gleichlaufende Nachricht, welche besagt, daß der Rechtsanwalt Dr. von Dziembowski an der Spitze der im Kreise Schrimm gegen den Abgeordneten von Glembocki geführten Agitation stehe. Diese Nachricht wiederholt das Posener Tageblatt und fügt seinerseits hinzu, Herr von Dziembowski sei als Parlamentarier von gekünstelten Formen bekannt und dem Deutschtum nicht minder feindlich gesonnen als Herr von Glembocki. Obige Nachricht ist erdichtet, Rechtsanwalt von Dziembowski hat sich keineswegs mit der Wahlagitation im Kreise Schrimm befaßt, der Zweck dieser falschen Nachricht ist lediglich ein sichtsliches Wahlmanöver; die Anhänger der Kandidatur des Herrn von Glembocki wollen die Sache so darstellen, als ob die gegen Herrn von Glembocki gerichtete Aktion der Quelle persönlicher Abneigung entsprungen wäre, indessen verhält sich die Sache anders. In den Kreisen des verständigen und patriotischen Schrimmer Bürgertum hat sich aus Anlaß der Art und Weise, in welcher der Abgeordnete von Glembocki in der Zeit des letzten Reichstagswahlkampfes aufgetreten ist, Unzufriedenheit offenbart.

Erinnerlich sind uns in dieser Beziehung die Worte der angemessenen und sachlichen Kritik, welche von seiten des Propstes Rochalski geübt worden ist. Die durch die politische Aktion des Abgeordneten von Glembocki hervorgerufene Unzufriedenheit der Wähler

des Schrimmer Kreises mußte einen gewissen Einfluß auf die Entschlüsse des Kreiswahlkomitees ausüben, welcher mit dem Willen und den Wünschen des Kreises zu rechnen hatte.

Wir unsererseits denken nicht im entferntesten daran, einen Einfluß auf die Wahlen in den einzelnen Kreisen auszuüben, wir überlassen das unseren kompetenten Behörden, bringen aber unsere Meinung insofern zum Ausdruck, als wir bekunden, daß es Pflicht des Abgeordneten von Glembocki gewesen wäre, sich mit dem Reichstagsmandate zufrieden zu geben. Herr von Glembocki gehörte zu denjenigen Personen, welche aus der Reichstagsfraktion ansehnliche und tüchtige Kräfte aus dem Wege geräumt haben. Die neuen Kräfte werden selbst bei tatkräftiger Arbeit einer längeren Zeit bedürfen, ehe sie im stande sein werden, erfolgreich für das Wohl unserer Bevölkerung zu arbeiten. In dieser Übergangszeit werden die „älteren Kräfte“ zu doppelter Arbeit auf der parlamentarischen Arena gezwungen sein. Diese Pflicht wird in erster Reihe auf Herrn von Glembocki ruhen, denn er besonders hat in bedeutendem Maße zur Ausgestaltung der Verhältnisse der zukünftigen Fraktion beigetragen. Die Erfüllung einer so großen und wichtigen Pflicht ist bei einem Doppelmandate nicht möglich, und unsere politischen Verhältnisse mit der Regierung haben sich so scharf zugespitzt, daß es erforderlich geworden ist, daß die Abgeordneten ihre Gegenwart nicht nur sporadisch durch das parlamentarische Auftreten bezeugen, sondern daß sie eine ansehnliche politische Aktion organisieren. Bereits vor zwei Wochen haben wir die Schädlichkeit der Doppelmandate dargetan und geben nunmehr der Überzeugung Ausdruck, daß sich bei der gegenwärtigen Zusammensetzung unserer Reichstagsfraktion der Abgeordnete von Glembocki mit dem erhaltenen Reichstagsmandate zufrieden geben sollte.

Aus Nr. 233 des Kurier Poznański (Posen)
vom 13. Oktober 1903:

In seinem im übrigen belanglosen Bericht über die Versammlung der Delegierten der deutschkatholischen Vereine der Provinz Posen schreibt der Kurier Poznański:

„Der Initiator des ersten Antrages (des Vereins Samter) war der Oberlehrer Herr Hinz von der landwirtschaftlichen Schule in Samter, der schließlich wegen seiner Neigung zu fröhlichen und lauten Vergnügungen bekannt ist. Wahrscheinlich aus Anlaß der Enthüllung des Bismarckdenkmals belustigte und amüsierte sich dieser Herr gestern so, daß er trotz des besten Willens zur Delegiertenversammlung nicht erscheinen konnte. Da er aber im Samter'schen Verein die erste Geige spielt, zog in seiner Abwesenheit der Verein als Antragsteller jene Anträge selbst zurück, umsomehr, als ohne entsprechende Anregung alle Versammelten sich einmütig gegen den berückichtigten Antrag ad 1 erklärten. ...

Aus Nr. 2 des Przemyslawiec (Posen)
vom 10. Oktober 1903:

Ein tiefes Geheimnis

umgibt, wie wir aus glaubwürdigster Quelle erfahren, alle Wahlen in die Handwerkskammer.

Diese Geheimhaltung bezieht sich vornehmlich auf den Termin der Wahlen selbst. Nirgends, in keinem öffentlichen Blatte, sogar in den amtlichen Organen der Handwerkskammern, wird nicht erwähnt, wann und wo die Wahlen stattfinden.

Kein Wunder also, daß die Polen für diese An gelegenheit kein solches Interesse bekunden, wie es dieselbe erfordert.

Es ist der Regierung offenbar daran gelegen, daß nur ihre Hintermänner, und wenn nicht die Hinter männer der Regierung selbst, so doch nur überzeugte und den Handwerkskammern wohlgesinnte Leute durch gebracht werden.

Wie wir aus privater Quelle erfahren, finden z. B. gegenwärtig die Wahlen für den Bezirk der Bromberger Handwerkskammer statt. Das Organ dieser Kammer tut auch nicht mit einem Wort davon Erwähnung.

Es ist also die Frage, auf welche Weise diese Wahlen vor sich gehen. Über die letzten Wahlen in die Posener Handwerkskammer besitzen wir derartige Nachrichten. Der Bürgermeister nämlich beruft, nachdem er die Aufforderung von der Posener Regierung erhalten, die Stimmen für die Kammerkandidaten zu sammeln, Innungsvorstände und die Vorstände der Industrievereine zu sich, stellt ihnen die Kandidaten vor und **befiehlt** ihnen zu wählen.

Natürlich sind die Wähler überrascht und wählen unter dem Druck, den auf sie die Anwesenheit des Bürgermeisters ausübt, die von der Regierung auf gestellten Kandidaten. Solche Fälle sind tatsächlich des öfteren vorgekommen.

Anlässlich dessen müssen wir unseren Standpunkt in Sachen der Handwerkskammern genauer betrachten und grundsätzlich beleuchten.

Wir sind überzeugt, daß die Institutionen der Handwerkskammern, wenn sie von den freien Hand werkerorganisationen geschaffen würden, eine weit größere Berechtigung hätten, daß sie dem Mittelstand zu viel größerem, moralischen sowie materiellen Vor teilen gereichen würden.

Wir haben bestimmte Beweise dafür, daß die Regierung unter dem Deckmantel der Begünstigung des Handwerks ihre Politik treibt. Diese Beweise brauchen nicht weit hergeholt zu werden. Gegen wärtig werden z. B. in ganz Deutschland unter der Leitung der Handwerkskammern Handwerkerkongresse abgehalten. Inhaltlich sind deren Beratungen rein politischer Natur, und das Ergebnis solche Resolutionen, welche den Handwerkern Abgeordneten-Kandidaten der Konservativen und des Zentrums empfehlen. Auf allen Gebieten wird den Handwerkern der Kampf mit den Liberalen anempfohlen, denn diese sind Gegner der Regierung, Gegner der Handwerker, der Innungen usw.

Es ist allgemein bekannt, daß die Konservativen seit langer, die Zentrumsleute dagegen in letzter Zeit die treuesten Hintermänner, ein gefügiges Werkzeug in der Hand der Regierung geworden sind.

Das ist eins von den vielen Beispielen.

Es handelt sich jetzt darum, wie wir Polen uns zu den Einrichtungen der Handwerkskammern stellen sollen.

Hinsichtlich der Nützlichkeit der Kammern sind die Ansichten unter unsren Handwerkern geteilt. Es über wiegt aber die Ansicht, daß sie für den polnischen Handwerker eher eine Kette am Fuße sind. Wir lassen uns über die Innungen nicht sehr aus, das ist eine Sache für sich.

Wahrlich aus vielen, sehr vielen Einrichtungen, mit den Fortbildungsschulen angefangen bis zu den Meisterkursen, weht der gleiche Geist der Germanisierung, wie aus allem, was **uns** der Staat sozusagen gibt.

Die deutsche Sprache herrscht in der Tat überall vor. Nicht genug damit. In den Volks- und Elementar schulen bestehen noch einige spärliche Konzessionen als eine Folge des Kampfes der Kirche und unsrer ganzen Bevölkerung mit der Regierung. In den Fort bildungsschulen die polnische Sprache zu verlangen,

daran hat nicht einmal jemand gedacht. Abendsschulen und Fortbildungsschulen für die Kaufmanns- und Handwerkerlehrlinge, diese Schulen, welche in weiterer Folge der Seele des polnischen Kindes den deutschen Geist mit Hilfe der deutschen Sprache einimpfen, diese Schulen, — ich wiederhole es — existieren für unsere Abgeordneten nicht.

Werden denn die Handwerker ihre Rechte nicht fordern, beteiligen sie sich nicht auch an der Wahl?

Rehren wir zu der Frage der Handwerkskammern zurück. Von der Nützlichkeit dieser Kammern sind die Unsrigen nicht sehr überzeugt, umsoweniger, als sie von dem Einfluß auf solche Angelegenheiten ganz augenscheinlich ferngehalten werden, über welche jene Institutionen Beratungen pflegen, und damit wird ihnen der Einfluß auf Beschließungen ferngehalten, von welchen ihnen Verpflichtungen auferlegt werden.

Wir können die Angelegenheit des Unterhalts der Handwerkskammern nicht stillschweigend übergehen. Kraft eines Beschlusses aller Handwerkskammern steuern zu den Fonds des Unterhalts der Beamten, der Bureaus usw. die Handwerker allein bei. Die Höhe des jährlichen Beitrages wird von der Regierung, d. h. vom Staate festgesetzt. Diese Angelegenheit ist insofern wichtig, als zur Zahlung der Beiträge jeder Handwerker gezwungen wird, und sie erweist sich ganz unliebsam, sobald wir uns die durchschnittlichen Einkünfte unserer Handwerker vor Augen führen.

Es gibt noch viele andre Gründe, welche mehr **gegen** als **für** die Handwerkskammern sprechen. Wir wollen sie hier nicht auseinanderlegen, denn wir werden noch manchmal Gelegenheit haben, über diese Angelegenheiten zu schreiben.

Folgender Satz verdient beachtet zu werden. Tatsache ist, daß die Handwerkskammern rein staatliche Einrichtungen sind, ebenso wurde durch sichere Beweise festgestellt, daß die Regierung den Polen den Einfluß auf diese Kammern vorenthält; **infolgedessen** ist es tunlich, diese Kammern und ihre Beschlüsse **mit Vorsicht** aufzunehmen, **um nicht unwillkürlich und unwissend** ein Werkzeug in den Händen der Regierung gegen unsre eigenen Landsleute zu werden.

In Anbetracht dessen müssen wir mit Nachdruck hervorheben, daß wir uns nichtsdestoweniger selbst den Einfluß auf die Beschlüsse dieser Kammern nicht entziehen dürfen. Vielmehr sollen wir uns, weil wir dort unerwünscht sind, hineindrängen, wir sollen uns darum bemühen, daß möglichst viel Polen in den Handwerkskammern Sitze erhalten. Unser Bestreben sollte dahin gerichtet sein, die Mehrheit in den Handwerkskammern zu erlangen. Dann wird vielleicht die Regierung die geheimnisvolle Hülle etwas lüften, womit die Handwerkskammer bedeckt wird. Vielleicht beliebt sie aber, die Posener und Bromberger Handwerkskammer zu schließen? doch weinen werden wir um sie nicht, denn wir wissen ja so schon, daß uns, wenn wir uns selbst nicht helfen, — die Regierung ganz sicher nicht helfen wird.

Aus Nr. 234 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 15. Oktober 1903:

Ein polnische Seifenfabrik in Posen.

Die allmähliche, aber beständige Entwicklung des Kleinhandels und des Kleingewerbes nötigen die Volksgesamtheit eine Fabrikindustrie zu schaffen, damit die Losung „Kauft bei den Euren!“, von welcher unsre wirtschaftliche Existenz heut ausschließlich abhängt, sich immer mehr verwirklichen lasse durch die Möglichkeit, polnische Produkte von Polen zu kaufen.

Von obigem Zeitgedanken durchdrungen gründete ein Kreis von Bürgern eine Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht unter dem Titel „Savon“ (G. m. b. H.) in Posen zwecks Fabrikation von Seife und verwandten Produkten in der Überzeugung, daß angesichts des Fehlens eines polnischen Unternehmens ähnlicher Art die Fabrik gesicherten Absatz habe und die besten Aussichten verspreche. Die bisher gesammelten Kapitalien reichen, wenngleich sie ziemlich bedeutend sind, zum Beginnen eines lebensfähigen Unternehmens, das jeder Konkurrenz die Spitze bieten könnte, nicht hin.

Ihrer Verantwortung der Volksgesamtheit und den bisherigen Anteilbesitzern gegenüber sich bewußt, werden die vorsichtigen Gewerbetreibenden die Fabrikation nicht eher beginnen, als bis das Anlagekapital die nach der Ansicht technischer und kaufmännischer Fachleute erforderliche Höhe erreicht haben wird.

Wir sind dahin unterrichtet, daß an die Spitze des Unternehmens Fachleute treten werden, von denen jeder der Gesellschaft mit zehn und einigen Anteilen beitreten wird.

Der einzelne Anteil beträgt 1000 Mark ohne jede weitere Haftung. Die erste Rate in Höhe von 250 Mark ist zahlbar beim Eintritt, die weiteren 750 Mark allmählich je nach Bedarf gemäß den künftigen Beschlüssen des Aufsichtsrats.

Alle näheren Einzelheiten kann man bei der Bank Kratochwill u. Pernaczynski in Posen einholen, welche auf Wunsch die Satzungen und das Verzeichnis der bisherigen Anteilbesitzer zusendet.

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats bietet die Bürgschaft für das Gedeihen dieses jungen, in unsrer Volksgesamtheit so sehr nötigen Unternehmens. Vorsitzender ist der bekannte Posener Architekt und Ziegeleibesitzer Ludwig Frankiewicz, und der Rest des Aufsichtsrats setzt sich aus renommierten Kaufleuten und Gewerbetreibenden zusammen, und zwar aus den Herren: Zachäus Ritter, Marian Kratochwill, Dr. Kasimir Honcia, Martin Biedermann, Josef Czepeczynski, Leo Jezierski, Franz Strzyblewski. Der beste Beweis, wie groß die Sympathie und das Verständnis ist, welches unsre Volksgesamtheit dem jungen Unternehmen entgegenbringt, ist eine kurze Aufzählung der Anteilbesitzer, zunächst nur derjenigen, welche die Anteile bereits eingezahlt haben, abgesehen von denen, welche in nächster Zeit dem Unternehmen beizutreten gedenken.

Es sind dies in Posen die Herren: Martin Biedermann, Josef Czepeczynski, Franz Chwałkowski, Ludwig Frankiewicz, Fr. Glabisz, Lorenz Glembocki, Dr. Honcia, Leo Jezierski, M. Jezierski, Kratochwill und Pernaczynski, Johann Komendzinski, Josef Kuzaj, Josef Langner, Telesfor Omianowski, Johann Paczkowski, Stanislaus Pfizner, Posener Papierwarenfabrik, Zachäus Ritter, Johann Sobocki, Josef Sobocki, Mieczyslaus Sobocki, Fr. Strzyblewski, W. Trompczynski, Dr. Kozuszkiewicz, Wl. Adamski, M. Szymanski, Markowski und Linke.

Aus der Provinz: Gremczynski, Rafel. Kornobis, Zacharzewo. Heymann, Przygodzice. Radziszewski, Schildberg. Karl Rose, Berlin. Rechtsanwalt Wierzbicki, Bromberg. Gniattkiewicz, Maniewo. Kornobis, Wengry. Dr. Lewandowski, Alony. Dr. Celichowski, Kurnik. Dombrowski, Rogowo. Rechtsanwalt Bartecti, Neutomischel. Bogulinski, Schroda. Dolatowski, Berlin.

Aus Nr. 230 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 9. Oktober 1903:

Pässe für die Geistlichkeit.

Aus Schroda schreibt man uns:

Bisher waren die Bestrebungen und Bemühungen der Geistlichkeit aus dem Großherzogtum, Pässe nach

dem Königreich Polen zu erhalten, vergeblich. Wenn ein Geistlicher über die Grenze gelangte, dann geschah dies nur in Zivilkleidung. Jetzt hat die russische Regierung ihre Haltung geändert. Der Mansionar Kupinski aus Schroda hat die Erlaubnis erhalten, sich auf drei Tage nach Czestochau zu begeben. Im Paß ist ausdrücklich gesagt: „Dem römisch-katholischen Geistlichen“.

Aus Nr 10 des Sokol (Posen)

vom Oktober 1903:

Die Vereinigung

des Verbandes der „polnischen Sokols“ mit dem Verbands der „Gesangsvereine“ in einen einzigen einheitlichen gemeinsamen Bund.

Bevor wir an die Erörterung der Angelegenheit selbst herantreten, laßt uns beide Verbände betrachten hinsichtlich ihrer Kraft an Zahl, ihres inneren Lebens und hinsichtlich der Vorteile, die sie unserer Volksgesamtheit bieten.

Der Verband der polnischen Sokols im deutschen Reiche datiert seit dem Jahre 1885 und ist eine zwar junge, aber lebenskräftige, energisch verwaltete und dabei musterhaft organisierte Einrichtung. Dieser Verband zerfällt in 9 Gaue, von denen sich 4 im Großherzogtum befinden: der nördliche, mittlere, östliche und südliche, der Rest in Westfalen, in den Rheinlanden, in Westpreußen, Brandenburg und Schlesien. Diese Gaue zählen insgesamt ungefähr 80 Vereine mit einer Gesamtsumme von nahezu 40000 Mitgliedern, von denen mindestens 15000 an den Turnübungen teilnehmen. Außer dieser ansehnlichen Summe können zu Anhängern der Sokolidée etwa 1000 Turnschüler und 500 Frauen hinzugezählt werden, die, nachdem sie mit der Sokolidée sich vertraut gemacht, eine mächtige Pflanzstätte unserer Gefühle und Bestrebungen sein werden. Hier müssen wir zugeben, daß sich der Zuwachs im Verbands in den letzten Jahren überwiegend auf die Auswanderung erstreckt, während das Großherzogtum Posen kaum 40 Sokolvereine zählt.

Der Verband der „Gesangsvereine“, an dessen Spitze Herr Rechtsanwalt Czeslaw Czapicki in Koschmin steht, zählt ebenfalls ungefähr 40 Vereine, zerfällt in Gaue, hält regelmäßig Sängerkongresse ab, und verbreitet mit Ausdauer die Liebe zum polnischen Gesange; der Schwerpunkt ruht ebenfalls im Großherzogtum, und aus uns unbekannten Gründen gehören sehr wenig Vereine außerhalb der Grenzen des Großherzogtums dem Verbands an. Wieviel Mitglieder der Verband der Gesangsvereine zählt, wieviel aktive Sänger, daß können wir nicht genau angeben, da uns genaue Zahlen hierfür nicht zur Verfügung stehen; es scheint aber, wir gehen nicht weit fehl, wenn wir behaupten, daß die Gesamtzahl 2000 Köpfe nicht übersteigt, darunter 700—800 Sänger.

Das innere Leben der Turn- und Gesangsvereine ist trotz der scheinbaren Gegensätze fast gleich. Hier und dort finden Vorstandssitzungen, Monatsversammlungen, Turn- und Gesangstunden statt. Hier wie dort vereinigt das Vereinsleben — in allerdings engem Rahmen — die Mitglieder zu gemeinsamen, seltenen Vergnügen, Bällen, Liebhabertheatervorstellungen usw. Hier wie dort ist die technische Tüchtigkeit abhängig von den speziellen Fähigkeiten des Turnwarts oder Dirigenten; wo ein guter Turnwart oder Dirigent ist, dort läßt die Technik nichts zu wünschen übrig, wo es an technischer Kraft gebricht, dort ist der halbe Zweck des Vereins verfehlt, dort gewinnen Apathie, Trägheit, Stumpfheit und Totenstille die Oberhand über die Bemühungen der Vorsitzenden und Vorstände, die den

Verein beleben, stärken und zu neuem Leben erwecken wollen.

In dieser Beziehung hätten sich beide Verbände gegenseitig nichts vorzuwerfen, und dieses Leben ist häufig scheinbar inhaltslos und ohne Ansporn, denn wir werden doch nicht etwa einen Ansporn nennen die von den Satzungen vorgeschriebene Tatsache, daß jährlich Turnfeste bzw. Gesangsfeste stattfinden müssen, um einen etwaigen Fortschritt zur Schau zu tragen. Ist denn das der einzige Zweck unserer sportlichen Vereine, fleißig zu turnen und zu singen, bis die Kehle austrocknet? Sicherlich nicht! Die Satzungen unserer Sokol- und Gesangsvereine enthalten zweifellos Zwecke, welche eine geistige Nahrung sein sollen. Wir befolgen leider unsere Satzungen nicht, wir erstreben nicht das uns gesteckte Ziel, und das geistige Leben stirbt ab in unseren Vereinen, der Geist wird von Jahr zu Jahr mehr vergiftet, und wir werden in Gleichgültigkeit und im Materialismus zu Grunde gehen, wenn wir nicht beizeiten an die Besserung der Verhältnisse denken werden.

Und welche Vorteile zieht die Volksgesamtheit aus unseren Vereinen? Bis jetzt sehen wir keine, wenigstens in dem Grade nicht, wie wir sie nach mehrjährigem Bestehen unserer Vereinigungen erwarten könnten.

Die erste und vielleicht einzige gesellschaftliche Errungenschaft, die wir von unseren „sportlichen“ Vereinen auf Grund ihrer Satzungen sogar zu fordern das Recht haben, soll sein: die Weckung des gesellschaftlichen und geselligen Lebens, die moralische Hebung unserer Mitglieder mittelst Einflößung von Grundsätzen wie: „Bös ist der Mensch, der den Gesang nicht liebt“ oder „ein gesunder Geist in einem gesunden Körper.“ Es versteht sich von selbst, daß wir als polnische Volksgemeinschaft nur an die Pflege polnischer Traditionen denken können, an die Stärkung des polnischen Charakters, an die Bewahrung und Entwicklung des polnischen Kulturlebens. Abgesehen schon von allen Vorteilen, welche das Bestehen gut prosperierender Vereine nach Jahren nach außerhalb auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiete offenbaren soll, sehen wir leider aus dem inneren Vereinsleben fast gar keine Vorteile für die Volksgesamtheit entspringen, und wir werden keine entspringen sehen, so lange das Leben unserer Vereine eitel und künstlich sein wird.

Auf diese Weise gelangen wir zur Erörterung der Gründe, welche uns den Gedanken nahe legen, durch Verschmelzung der in der Überschrift erwähnten Verbände unsere inneren Verhältnisse zu reformieren.

Der erste für die Verschmelzung der Sokols mit den Sängern sprechende Grund ist in kleinen Städten der Mangel an Leuten, die zur Leitung von Vereinen geeignet wären.

Unsre Geistlichen sind nicht frei, aus leicht verständlichen Gründen haben sie zu Vereinen sportlichen Charakters keine Neigung; unsre Ärzte meiden mit wenigen lobenswerten Ausnahmen die polnischen Vereine wie das Feuer, sie fürchten die Regierung, sie fürchten den Verlust der Stellungen in Krankenkassen, sie fürchten den Verlust der deutschen Kundschaft sogar dort, wo keine ist. Unsre Rechtsanwälte halten sich, mit einigen lobenswerten Ausnahmen, ebenfalls gänzlich fern, nicht einmal mit Ratschlägen dienen sie unseren Vereinen, sie meiden alles polnische, sich zum Teil immer noch der Hoffnung hingebend, daß ihnen ein Notariat zufallen wird. Was nützt es der polnischen Volksgesamtheit, daß dieser oder jener polnische Rechtsanwalt ein Notariat erlangt? Unsre Kaufleute sind die ärgsten Materialisten und Schmaroger. Sie leben überwiegend von polnischer Kundschaft, geben dagegen ihrerseits der Volksgesamtheit für diese Unterstützung gar nichts. Man frage einen solchen Kaufmann in der Provinz, ob er einem Sokolverein angehört? Nein; und einem

Gesangverein? ebenfalls nicht! einem Gewerbeverein? manchmal ja, er besucht aber die Versammlungen nicht. Sokolmitglied ist er nicht, denn er fürchtet die Polizei, Sänger ist er nicht, denn dort paßt ihm die Gesellschaft nicht, für den Gewerbeverein zeigt er ebenfalls kein Interesse, denn dort gibt es nichts zu tun. Dieser widerwärtige Egoismus, die geistige Pest ist so festgewurzelt und in das Blut unsres Kaufmannstandes so eingedrungen, daß sie die Schande gar nicht empfinden, die sie sich zuziehen; sie empfinden den Haß nicht, den sie gegen sich selbst bei Leuten schüren, von welchen die gesellschaftlich-nationale Pflicht als etwas Natürliches und zugleich Heiliges angesehen wird.

Und es ist merkwürdig, je älter ein derartiger „Egoist“ wird, durch um so viehischeres geistiges Leben zeichnet er sich aus. Kaum einzelne intelligente Leute widmen sich dem Vereinsleben; es gibt aber auch Städte und Städtchen, wo einzelne mit wahrer Aufopferung die Vereine leiten. Aus obigem ist leicht ersichtlich, daß dort, wo der Sokolverein einen tüchtigen Vorsitzenden hat, der Gesangverein schläft und umgekehrt, daß dort, wo die Sänger das Gelände beherrschen, weder Kräfte noch ein Feld für den Sokolverein vorhanden sind. Wir stellen fest, daß in 130 Städten im Großherzogtum nur 40 Sokolvereine und 40 Gesangsvereine bestehen; vorwiegend haben die gleichen Städte je zwei Vereine, mindestens aber gibt es im Großherzogtum 70—80 Städte, wo weder ein Sokol-, noch ein Gesangverein besteht.

Neben dem Mangel an Leitern fehlt es uns an Eintracht und Einigkeit. Wir kennen Städte, wo die Sokols mit den Sängern seit der Gründung dieses oder jenes Vereins untereinander auf dem Kriegsfuße leben. Reid infolge moralischer oder materieller Ergebnisse, Haß infolge persönlicher Händel der Herren Vorsitzenden oder Mitglieder, das sind die häufigsten Ursachen, daß Vereine statt einander zu fördern, sich tödlich hassen. So vegetiert kaum der eine und der andere Verein, er schläft monatelang! Einige Beispiele sollen unsere Behauptung beleuchten und ergänzen. In Miloslaw gibt der Sokolverein kaum ein Lebenszeichen von sich; der zahlreiche und wohlhabendere Gesangverein boykottiert den Sokolverein auf Schritt und Tritt, dagegen hat er natürlich seit mehreren Monaten auch nicht eine einzige Gesangsstunde abgehalten! In Breschen zählt der Sokolverein 35 Mitglieder. Von den Herren Kaufleuten besucht nicht ein einziger die Monatsversammlungen des Sokolvereins. Fast ebenso verhält es sich in Schrimm, die Vorstandsmitglieder ausgenommen. In Posen bestand aus ganz nichtigen Gründen zwischen dem Sokol- und Gesangsvereine ein langjähriger Antagonismus. In Jaroschin zählt der Gesangverein über 80 Mitglieder. Für einen Sokolverein gibt es dort keinen Platz mehr, da ihn der Vorsitzende des Gesangsvereins für „gefährlich“ hält.

Es wäre Zeit, den Eifersüchteleien, den Gehässigkeiten und dieser sportlichen Konkurrenz mittelst einer gemeinsamen Verschmelzung durch Beseitigung der Ursachen dieser Zwistigkeiten ein Ende zu machen.

Nachdem dargelegt worden, daß durch Verschmelzung der Verbände die beiderseitigen Fehler und Mängel aus den Vereinen ausgeschieden würden, ließen sich dabei für uns auch ganz positive Vorteile erreichen. Durch die Vereinigung des Vermögens und der Mitglieder der Sokol- und Gesangsvereine würden wir uns vor allem die doppelten Beiträge ersparen, welche von den, beiden Vereinen angehörenden Mitgliedern gezahlt werden, und welche viele Personen dazu nötigen, daß sie beiden Vereinen nicht angehören wollen oder nicht können. Wir sind überzeugt, daß die Mitgliederzahl nach der Verschmelzung der Vereine

überall bedeutend zunehmen würde. Dadurch würden auch unsere Kassen zu größerer Wohlhabenheit gelangen, während sie heut vorwiegend schwindsüchtig sind.

In den Monatsversammlungen würde sich dann eine stattliche Zahl von Personen einfänden, während heut nur einige wenige zusammenkommen. Die Turnübungsabende wären überfüllt, die Gesangsstunden würden regelmäßig stattfinden, da der Dirigent und Turnwart bezahlt werden könnten. Das geistige Leben würde lebhafter werden, die in den Versammlungen erneuerten Vorträge und Diskussionen würden den Gesichtskreis unserer Mitglieder erweitern; die innere Eintracht verspräche bei Vergnügungen, Bällen und Theatervorstellungen materiellen Erfolg, mit einem Worte neues Leben und Treiben würde erwachen, und wer denn noch den Turn- und Gesangsvereinen fernstände, dem würde Schande gebühren, dieser dürfte nicht mehr zu den „Seinigen“ gezählt werden, der sollte in gesellschaftlichem Verkehr solange boykottiert werden, bis er sich entscheiden würde, ob er mit uns oder gegen uns gehen wolle.

Beide Abteilungen, die gesangliche sowie die turnende würden zweifellos stärker werden. Unsere Ganturnfeste wären zugleich Sängerfeste, auf unseren Turnplätzen würden Gesangsvorträge erklingen, und umgekehrt würden die Chöre unserer Turnabteilungen die Gesangsvereine verstärken.

Die Änderungen der Satzungen ließen sich im Schoße der Vorstände leicht durchführen, wenn die Verbandsvorstände die Angelegenheit in die Hand nehmen wollten. Und weitere Vorteile? Der Verband würde mit einem Male zu 100 Vereinen anwachsen, und zuzüglich Preußens, Schlesiens, Berlins und Westfalens würde er eine mächtige Organisation bilden, welche zusammen Zehntausende unter der Losung des Gesangs und des Turnens vereinen würde! Erblicken wir nicht in dieser Verschmelzung die Ankündigung eines einzigen kolossalen, sportlichen Verbandes, worin sich alles Beste der Volksgeamtheit unter der edlen Losung des Vermögens und der Arbeit vereinigen würde, wie dies schon die Tschechen getan?

Es bleibt noch die Kehrseite der Medaille übrig. Die Sokolvereine werden von den Behörden als politische Vereine angesehen, die Gesangsvereine dagegen nicht. Das ist wahr. Aber auch den Gesangsvereinen werden schon Festzüge, Ausmärsche, Vergnügungs- und Maifeste verboten. Und bei unsren Turnübungen ist doch die Polizei ebensowenig zugegen, als in den Gesangsstunden. Und zetteln wir etwa in den Monatsversammlungen Verschwörungen an? Was schadet es, daß der Sokolverein auf der Polizei eingetragen ist? Sind denn die Deutschen so naiv, daß sie nicht wüßten, die „ski“ und „icz“ seien Polen? Wir Sportliebhaber insgesamt wollen uns bei der Polizei eintragen — treten wir aber alle in die Vereine ein, — was kann uns die Polizei tun, — etwa schaden?

Wir machen kein Geheim daraus, daß die Verschmelzung der beiden Verbände ernste Schwierigkeiten darbietet, und daß viel Zeit vergehen wird, bevor wir eine Verständigung herbeiführen dürften. Es ist aber eine unwiderlegliche Tatsache, daß wir getrennt niemals zu unsrem Ziele kommen werden, mit zerplitterten Kräften werden wir elend zu Grunde gehen, zum mindesten aber werden wir unsren Zweck nicht erreichen.

Die Gesangsvereine nehmen nicht nur nicht zu, sie geraten vielmehr immermehr in Verfall, die Sokolvereine wachsen zwar, doch muß die Entfaltung ein Ende nehmen, wenn uns Selbstsucht, Egoismus und Feigheit den Hemmschuh anzulegen beginnen. Kämpfen wir also gemeinsam; vereinigen wir uns, bilden wir eine Macht, welche niemand wird ignorieren dürfen, denn es werden schon nicht mehr Zehner sondern

Hunderte die öffentliche Meinung beeinflussen, sie werden eine Phalanx bilden, mit welcher jeder Mitbürger rechnen, welcher er beitreten muß, wenn er nicht als Menschenfeind, als ein Mensch gelten will, der den Mantel auf zwei Schultern trägt.

Wir werden uns freuen, wenn wir durch unsren Artikel zu einer Diskussion angeregt hätten.

„Ein Sokol-Sänger“.

Aus Nr. 231 des Lech (Gnesen)

vom 11. Oktober 1903:

In Stralkowo könnte eine Eisenhandlung, verbunden mit Küchengeräten, Steintöpfen usw. angelegt werden. Stralkowo ist ein sehr geeigneter Ort für einen Landsmann (Polen), der hier eine Filiale errichten könnte. Es gibt hier nur ein einziges Geschäft dieser Art. Unser Ort nimmt an Einwohnern sehr zu, namentlich zu der Zeit, wenn die Arbeiter aus Polen hierher kommen, um Arbeit zu suchen. Auch ein Barbier würde hier sein gutes Auskommen finden, doch nur dann, wenn er ein ordentlicher Mensch ist. Ganz besonders eignet sich diese Brotstelle für einen jungen Anfänger.

Aus Nr. 230 des Lech (Gnesen)

vom 10. Oktober 1903:

Aus der Gegend von Mogilno,
am 7. Oktober 1903.

In Miernic, welches in Pommern ungetauft ist, befindet sich eine Simultanschule, die überwiegend von polnisch-katholischen Kindern besucht wird. Weil alle polnisch-katholischen Wirte Gegner der Simultanschule, in welcher unsere Kinder alles dessen, was katholisch ist, verlustig gehen, waren und es noch sind, haben sie an kompetenter Stelle ihre Wünsche dahin zum Ausdrucke gebracht, eine eigene katholische Schule bauen zu dürfen. Diesen Wünschen wurde jedoch kein Gehör geschenkt; man erklärte sich indes damit einverstanden, bei der Besetzung der zweiten Lehrerstelle in Pommern die katholischen Kinder in der Weise zu berücksichtigen, daß diese Stelle einem katholischen Lehrer übertragen werde.

Doch was geschieht?

Statt des versprochenen katholischen Lehrers fandte man uns einen Protestanten, und der Religionsunterricht wird wie bisher auch jetzt noch von dem Lehrer Herrn Gegielski aus Staboszewo erteilt.

Und was geschah ferner.

Trotzdem es gestattet ist, in der zweiten und dritten Abteilung den Religionsunterricht in polnischer Sprache zu erteilen, erklärte Herr Gegielski rundweg, er denke um alles in der Welt nicht daran, solches zu tun.

Aus welchem Grunde er unsere gerechtfertigte Forderung abschlägt, das wissen wir nicht. Ein derartiges traktieren unserer Kinder und uns selbst, die wir für die Regierung und deren Beamten schwer arbeiten müssen, muß selbst den ruhigsten Menschen erbittern. Sollen das etwa die gerühmten Wohltaten sein, von denen man uns fortwährend erzählt? Wer unsere heiligsten Empfindungen auf solche Weise geringschätzt, erweckt bei uns und bei unsern Kindern alles andere, nur nicht die Liebe und Achtung für den Staat.

R. B.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 122 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 10. Oktober 1903:

Am 11. d. Mts. wird in Posen das Bismarckdenkmal enthüllt werden. Dieses Denkmal wird die Polen in Posen an den größten Feind des polnischen Volkes erinnern und es wird sie gewiß zu noch eifrigerer Verteidigung dessen erwecken, was uns teuer ist, das ist unsere Nationalität und die katholische Religion.

Aus Nr. 9 des Dziennik Grudziadzki (Graudenz)

vom 10. Oktober 1903:

Ein neuer Anschlag der Versöhnungsparteiler.

Nicht nur in Westpreußen, sondern auch im Großherzogtum Posen versuchen die Versöhnungsparteiler die Volksbewegung zu ersticken und die Leitung unserer Angelegenheiten in ihre Hände zu bekommen.

So hat der Dziennik Poznański zwei Anträge auf Änderung der bisherigen Wahlsatzungen veröffentlicht. Vorausgeschickt wollen wir, daß die Wahlsatzungen für die Provinz Posen in vielen Beziehungen bedeutend gerechter und vernünftiger sind, als die Wahlsatzungen für Westpreußen.

Die Wahlsatzungen für die Provinz Posen geben dem Volke ihrerseits die Rechte, die ihm rechtmäßig zukommen.

Aber den Herren Versöhnungsparteilern waren auch die Rechte zuviel, die die Posener Satzungen dem Volke zuerkennen und deshalb haben sie beschlossen, die Satzungen nach ihrer Art abzuändern.

Der erste aus dem Kreise Schroda stammende Antrag stellt sich ungefähr wie folgt dar: „Die Abgeordnetenandidaten sowie die Delegierten wählt nicht das Volk in den Kreisversammlungen, sondern es wählen sie die Mitglieder des Kreiskomitees. Als Mitglieder des Kreiskomitees werden auf jede Stadt und auf jeden Polizeidistrikt je einer gewählt. In jeder Stadt des Kreises und in jedem Polizeidistrikt soll eine Versammlung stattfinden und in diesen Versammlungen sollen ein Mitglied des Kreiskomitees und drei Abgeordnetenandidaten gewählt werden.“

Es macht zwar den Eindruck, als handle es sich darum, daß bei der Wahl der Komiteemitglieder und der Abgeordnetenandidaten alle Wähler aus allen Teilen des Kreises die Stimme haben sollen, aber es scheint, daß es den Antragstellern um etwas anderes geht.

Das ist doch klar, daß jene in den Polizeidistrikten zu veranstaltenden Versammlungen unter der Leitung der Herren Gutsbesitzer und deren Beamten abgehalten werden. Wenn also irgend ein Gutsbesitzer eine entsprechende Agitation entfaltet, dann ist es doch klar, daß in einer solchen Versammlung sein Wille geschehen muß, daß dort als Komiteemitglied entweder er oder ein anderer „wichtiger“ Mann gewählt wird.

Wir bekennen, daß der Gedanke in sich selbst nicht schlecht ist, aber man hat keine Garantie dafür, ob solche Änderung nicht zur Aufhebung der Selbständigkeit der Wähler führen könnte. Wir würden mit der Änderung einverstanden sein, wenn in diesen Versammlungen die Komiteemitglieder sowie die Abgeordnetenandidaten in geheimer Abstimmung gewählt werden würden.

Der Antrag in obiger Form hat den Zweck, die Stellung und den Einfluß der Versöhnungsparteiler

zu stärken und den Willen des Volkes vollständig zu knebeln.

Noch schlimmer ist der zweite Antrag, den Herr Lubieski aus Kiontschin, Delegierter des Kreises Samter, gestellt hat.

Er fordert nämlich, daß die Mitglieder des Kreiskomitees, der Delegierte und sein Stellvertreter sowie auch die drei Abgeordnetenandidaten nicht von den Wählern gewählt werden, sondern von den Kreiskomitees in Verbindung mit einer Art Kreisrat, der sich aus mindestens 30 Mitgliedern zusammensetzen soll!

Nun, hier zeigt es sich noch deutlicher, was die Versöhnungsparteiler beabsichtigen und wozu sie fähig sind!

Sehr richtig schreibt der Drendownik über diesen Antrag wie folgt: „Dieser ganze Antrag ist nicht nur unklar, sondern geradezu schwer verständlich. Die eine Sache in ihm ist nur klar und zwar die, daß er in brutaler Weise alle Wähler ihrer Bürgerrechte entblößt.“

Wie wir also sehen, haben sich die Versöhnungsparteiler sowohl in Westpreußen als auch im Posenischen die Hände gereicht, um die Volksbewegung zu ersticken und das Volk von jedem selbständigen Einfluß auf unsre Angelegenheiten fern zu halten.

Darum also Vorsicht, polnisches Volk! Lassen wir uns das nicht gefallen!

Aus Nr. 234 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 11. Oktober 1903:

Thorn.

Belohnungen aus dem Reptilien-Fonds erhalten in kurzer Zeit die hiesigen Lehrer und Staatsbeamten. Die in Betracht kommenden Klassen haben schon den Auftrag bekommen, diese Belohnungen auszuzahlen. — Freuet euch, ihr Pioniere der Kultur!

Aus Nr. 122 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 10. Oktober 1903:

Zur Stärkung des Deutschtums.

Der Verband der Gemeindebeamten hat an den Städtetag in Westpreußen die Bitte gerichtet, den Gemeindebeamten ebenso wie den Lehrern Zulagen für die dem Deutschtum geleisteten treuen Dienste zu gewähren. Es sagen diese Gemeindebeamten, daß sie doch viel besser das Deutschtum stärken könnten, weil sie mit der Bevölkerung mehr in Berührung kämen. Um den „Städtetag“ für sich zu gewinnen, sagten jene Gemeindebeamten, daß gerade der Staat ihnen diese Zulagen zahlen müßte, weil nicht die Gemeinden, sondern der Staat ein Interesse an der Stärkung des Deutschtums habe.

Der „Städtetag“ hat diesen Antrag nur durchgelesen und ist dann zur Tagesordnung übergegangen.

Wie sie alle diese Belohnungen fordern! Alle versprechen, daß sie sich germanisieren würden, aber für Geld.

Indessen wird aus verschiedenen Gegenden mitgeteilt, daß sich die Beschwerden und Denunziationen hinsichtlich der Beamten mehren, damit ihnen jene staatlichen Belohnungen abgenommen werden sollen. Der Meyer habe polnisch gesprochen, der Kuba habe mit Polen verkehrt usw. Auf diese Weise denunzieren sich gegenseitig, wie kleine dumme Kinder, diejenigen, welche uns aufessen möchten. Sie werden sich gegenseitig auffressen, sie werden verderben, sobald sie uns noch mehr hassen werden.

Aus Nr. 230 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 9. Oktober 1903:

Schärferes Vorgehen der preussischen Polizei.

Das Warichauer Slowo schreibt:

Wir erhalten Mitteilungen über Schikanen, welche von Thorer Gendarmen gegenüber Personen geübt werden, welche mittelst sogenannter Halbpässe aus dem Königreich Polen herüberkommen. Eine Arbeiterin eines der hiesigen (Warichauer) Modemagazine, welche ständig in Alexandrowo wohnt, brachte ein Gendarm an die Grenze zurück einzig aus dem Grunde, weil sie bei der Revision der Legitimation nicht deutsch sprach, da sie diese Sprache in der Tat nicht beherrscht. Viele Personen, die nach Thorn kommen, sendet die Polizei zurück, indem sie ihnen einredet, sie beabsichtigten sich mittelst der Halbpässe nach Berlin durchzuschuggeln.“

Aus Nr. 123 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 13. Oktober 1903:

Die Versammlung in Strzebez (?) ist verboten worden.

Der Neustädter Kreis ist am Sonntag in Strzebez zusammengekommen, um Wahlvorarbeiten zu erledigen. Es waren viele Mitstreiter erschienen, auch der Abgeordnete Professor Schröder um Bericht zu erstatten, neben ihm als Abgeordnetenandidaten auch die Herren Dr. Schroeder und Rechtsanwalt Palendzki aus Danzig. Auch Herr Pfarrer Machalowski aus Luzin war erschienen sowie Herr Wilm aus Bierwoszyn und viele andre Personen von nah und fern. Von der Gazeta Grudzińska war Herr Stefanski erschienen.

Aber der Polizeikommissar, Herr Maurach aus Danzig erklärte, daß die Versammlung nicht stattfinden könne, weil die Ausgangstür des Saales nicht zwei Meter breit sei und die zweite zu den andern Räumlichkeiten führende Tür nicht nach außen geöffnet werden könne.

Indessen wurden in Strzebez bisher immer die Wahlversammlungen abgehalten, die letzte fand vor den Wahlen zum Reichstage statt. Daß die Tür mindestens zwei Meter breit sein müsse, davon hören wir das erste Mal. Trotzdem diese Forderung unzweifelhaft wieder irgend einer Polizeiverordnung entspricht, so erlauben wir uns doch angesichts dieses außergewöhnlichen Vorfalles die Frage zu stellen,

warum hat denn die Regierung grade jetzt angeordnet, daß die strengsten Bestimmungen und diese (für uns in jedem Falle neue) Vorschrift uns gegenüber angewendet werden sollen?

Die Antwort auf diese Frage ist einfach. Es haben sie schon verschiedene Deutsche privatim gegeben, ehe sich die Regierung durch Herrn Maurach meldete, und zwar die, daß der Neustadt—Puzig—Karthäuser Wahlkreis diesmal unbedingt für das Deutschtum erobert werden müsse.

Die Hoffnung stützt sich auf die polnische Saumseligkeit sowie auch auf die Entzweiung.

In erster Linie kommt die von Graudenz ausgehende, bekannte, große Entzweiung in Betracht; das ist das erste und hauptsächlichste Moment. Ferner stehen andre Kandidaten und führen eine weitere Entzweiung herbei.

Der Regierung ist auch bekannt, daß man sich in der Kaschubei bisher nicht sehr eifrig und eingehend mit den Wahlen zum Landtage befaßt hat. Man achtet die Sache für eine sichere und damit ist es

erledigt. Also warum sich da noch sehr quälen? Wer würde denn die Listen durchsehen? Und wer alles zum Wahlkomitee gehört, daß ist dem lieben Gott nur selbst bekannt!

Hören wir auf mit den Betrachtungen und mit der Kritik! Es ist vielmehr an der Zeit, die Hoffnung zu beleben, die Herzen zu erheben und auf die Wahrheit hinzuweisen, daß in der Raschubei wir Polen und nicht die Deutschen obenan stehen.

Der Fiskus hat wohl verschiedene Güter gekauft, er hat in den letzten fünf Jahren verschiedene Ansiedler herangezogen, die Germanisation in den Städten hat wohl Fortschritte gemacht, — aber trotzdem werden wir siegen, wenn wir an die Arbeit gehen. Wenn die Regierung uns durchaus aus unsrer Lethargie erwecken will, so möge ihr doch ihre Tat gelingen — erwachen wir und stehen wir auf.

Man muß annehmen, daß auch in andren Orten, wo wir Versammlungen veranstalten, oder doch mindestens hier und dort es ebenso ergen wird wie in Strzebez.

Selbstverständlich müssen wir in solchem Falle umso mehr und um so öfter versuchen die Versammlungen abzuhalten. Überzeugen wir uns, bringen wir das Material zusammen, und unser Abgeordnete wird diese Angelegenheit in Berlin zur Sprache bringen.

Wenn es uns auch jetzt nicht mehr gelingt, neue Komitees zu wählen, so haben wir doch alte Komitees, die gemäß unsren Satzungen so lange in Tätigkeit bleiben sollen, bis das neue Komitee gewählt ist. Mögen also die alten Komitees die Wahlen vorbereiten.

Also zuerst Versammlungen, dann die Wahlarbeit, die Vorbereitungen zur Wahl, die Namhaftmachung der Wahlmänner für jede der drei Klassen, Belehrungen und Ermahnungen. Jeder verständigen Arbeit müssen auch unsre Zeitungen dienen.

Das Verbot der Versammlung in Strzebez öffnet allen ohne Ausnahme die Augen.

Für alle der Sache geneigten Leute bietet sich Gelegenheit, schließlich zu zeigen, daß der Pole auch schon früher durch die Tat berühmt war.

Es fallen uns dabei die Worte des alten polnischen Majors ein:

„Wir wollen nicht den Berliner,
Den Petersburger Glauben!“

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 231 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 10. Oktober 1903:

Bekanntmachung.

Der polnische Wahlverein und der polnische Volksverein haben in der Erkenntnis, daß der durch die letzten Reichstagswahlen hervorgerufene Zustand der Uneinigkeit der katholischen Sache sowohl als auch der polnischen unerfesslichen Schaden bringen muß, im Namen des Wohles des polnischen Volkes, für das beide Vereine von gleich gutem Willen bejeelt sind, sich einander genähert und unter Berücksichtigung aller Umstände, die zu berücksichtigen waren, auf folgender Grundlage Frieden geschlossen:

1. Das polnische Volk in Oberschlesien hat ein natürliches und übernatürliches Recht auf seine Nationalität.

Hieraus ergibt sich, daß das polnische Volk zu allen seinen Bestrebungen berechtigt ist, um mit erlaubten Mitteln sich um die Wahrung und Entwicklung seiner Nationalität in jeder Be-

ziehung zu bemühen und zwar auf Grund der Verfassung, die den Staatsbürgern nicht nur Pflichten auferlegt, sondern ihnen auch Rechte verleiht.

2. Das polnische Volk hat deshalb hinsichtlich der Wahlen dasselbe Recht, das unwiderruflich jede andere Nation besitzt, Abgeordnete seiner eigenen Nationalität, d. h. Polen, zu wählen. Auch dieses Recht ergibt sich aus der Verfassung.

In Anerkennung dieser Wahrheiten und Rechte, deren Richtigkeit kein gerechtdenkender Mensch bestreiten kann, haben beide Vereine beschlossen, eine Wahlbehörde unter der Bezeichnung „Polnisches Wahlkomitee für Schlesien“ zu gründen, dessen Grundlage die Anerkennung des national-polnischen Standpunktes bei den Wahlen und dessen Ziel die Agitation für die Wahl von polnischen Abgeordneten bildet. In nationaler Beziehung sich mit dem Rest der polnischen Nation in Preußen eins-fühlend, wird das Wahlkomitee für Schlesien zwei Delegierte zum polnischen Central-Wahlkomitee für Deutschland entsenden.

Was die kommenden Abgeordneten-Wahlen betrifft, haben sich die beiden Vereine dahin geeinigt, daß mit Rücksicht auf den wirklichen Stand der Dinge, insbesondere mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit der Wahlen und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Wähler, das polnische Wahlkomitee in allen Wahlbezirken Schlesiens bei den Wahlen vorläufig Wahlenthaltung zu beobachten hat, jedoch mit Ausnahme des Wahlbezirkes Pleß-Rybnick, wo Kandidaten für die polnische Fraktion aufgestellt werden sollen. Unser Standpunkt hinsichtlich dieses Wahlbezirkes stützt sich auf die Tatsache, daß in ihm bei den Reichstagswahlen für den polnischen Kandidaten 13 000 polnische Stimmen, für den Centrums-kandidaten etwa 8000 Stimmen abgegeben worden sind; die Mehrzahl der Wähler hat sonach bei den freien und nach keiner Richtung hin beeinflussten Reichstags-Wahlen unzweideutig ihren freien Willen nach dieser Richtung hin zu erkennen gegeben.

Diesem Beschluß entsprechend wird das polnische Wahlkomitee für Schlesien die Wahlen leiten.

Mit Rücksicht auf das Wohl der katholischen Sache, die den Polen ebenso heilig ist wie den Katholiken anderer Nationalitäten, fügen wir hinzu, daß die Wahlenthaltung so zu verstehen ist, daß keinem der polnischen katholischen Wähler gestattet ist, für einen Feind des Katholizismus oder der polnischen Nationalität zu stimmen.

Zum polnischen Wahl-Komitee für Schlesien hat der polnische Volksverein die nachfolgenden 10 Mitglieder gewählt: 1. Johann Eckert in Gleiwitz, 2. Dr. Peter Hylla in Kattowitz, 3. Johann Mateja in Königshütte, 4. Propst Anton Bendzialek aus Boguschowitz, 5. Dr. Boguslaw Parczewski aus Beuthen, 6. Adalbert Raffet aus Tworog, 7. Dr. Maryan Rozanski aus Gleiwitz, 8. Ludwiz Ruda aus Pychowitz, 9. Anton Sieron aus Ruda, 10. Propst Alexander Skowronski aus Wigota.

Der polnische Wahlverein hat für dieses Komitee die nachfolgenden Herren gewählt: 1. Dr. Stefan Adamczewski aus Kattowitz, 2. Maximilian Hanke aus Beuthen, 3. Josef Kalasanty Kopezynski aus Deutsch-Piekary, 4. Adolf Ligon aus Kattowitz, 5. Dr. Jldesons Mierznikiewicz aus Kattowitz, 6. Franz Neumann aus Siemianowitz, 7. Dr. Josef Kostek aus Ratibor, 8. Dr. Sigismund Seyda aus Kattowitz, 9. Johann Nepomucen Stenslicki aus Siemianowitz, 10. Dr. Kasimir Trzebiatowski aus Cosel.

Nach Bildung des polnischen Wahl-Komitees für Schlesien hört der polnische Volksverein auf eine

Wahlorganisation zu sein, der polnische Wahlverein löst sich auf und wird seinen Mitgliedern empfehlen, dem polnischen Volksverein beizutreten.

Der Vorstand des Wahlvereins.
Der Vorstand des Volksvereins.

Durch das Vertrauen der beiden obengenannten Vereine zur Leitung der Wahlgeschäfte des polnischen Volkes in Schlesien berufen, teilen wir mit, daß wir uns wie folgt konstituiert haben:

Den Vorstand bilden folgende Herren: Propst Anton Bendzialek aus Bogusichowiz als Vorsitzender, Johann Repomucen Stenslicki aus Siemianowice als stellvertretender Vorsitzender, Dr. Maryan Rozanski aus Gleiwitz als Schriftführer, Adolf Ligon aus Rattowitz als Kassierer.

Landslente!

Friede und Einigkeit herrscht im polnischen Lager. Was die Polen in Schlesien wie überhaupt in ganz Polen mit Ungeduld erwarteten, ist eingetreten: Die beiden gegeneinander aufgesetzten Bruder-Lager haben sich zu gemeinsamer Arbeit vereint. Der Vorstand des polnischen Wahlvereins für Schlesien hat gern die ihm vom polnischen Volksverein gereichte Hand ergriffen. Wir übernehmen die schwierige aber dankbare Aufgabe und werden uns streng an die uns oben durch die beiden Vereinsvorstände gegebenen Grundsätze halten.

Landslente! Unsere mächtigen und drohenden Gegner, die unversöhnliche Art, in der sie mit uns kämpfen, alle ihre Macht wird gewiß an der Mauer polnischer Festigkeit zerschellen, denn heute können wir ihnen ein einiges mächtiges Lager entgegen stellen. Die Folgen dieser Einigkeit werden sich bald zeigen, denn nur einige Wochen trennen uns von den Abgeordneten-Wahlen.

Das Wahlsystem, auf Grund dessen diese Wahlen stattfinden, hat schon Bismarck das Glendeste aller Wahlsysteme genannt. Es gewährt für Rechnung des arbeitenden Volkes den Reichen große Privilegien. Außerdem sind die Wahlen öffentlich; sie machen es daher dem abhängigen Manne unmöglich, nach seinem Gewissen zu stimmen.

Da wir uns nun aber hinsichtlich der Leitung unser Wahlaktion keiner Verblendung hingeben können, haben wir zwecks Dokumentierung unseres, den Grundsätzen entsprechenden Standpunktes als Kandidaten der polnischen Fraktion für den Wahlbezirk Pleß-Rybnick die Herren aufgestellt:

1. Johann Kowalczyk, Redakteur in Rattowitz,
2. Teophil Pardygol, Wirt aus Gioska bei Gzernionka,
3. Emanuel Boczontek, Wirt in Tychoro.

Das sind bekannte und nach jeder Richtung hin würdige Leute, weshalb wir auch annehmen, daß die Bürger des genannten Wahlbezirktes sie mit Zufriedenheit gutheißen und mit desto größerem Feuer und Eifer an die Wahlarbeit herangehen werden. Glück auf dem polnischen Volke.

Das polnische Wahlkomitee für Schlesien. (Es folgen die 20 Unterschriften der oben bezeichneten Mitglieder.)

Als Delegierte für das polnische Central-Wahl-Komitee sind nachfolgende Herren gewählt worden:

Propst Skowronski aus Ligota und Dr. Hauke aus Beuthen, als deren Stellvertreter: Dr. Rozanski aus Gleiwitz und Dr. Kostek aus Ratibor.

D. B. d. p. W. R. f. C.

Aus Nr. 232 des „Gornoślazak“ (Rattowitz)
vom 11. Oktober 1903:

Zwei Bekanntmachungen.

Nun können wir frei aufatmen! Die Verhandlungen, welche mehrere Wochen hindurch zwischen den beiden politischen Vereinen in Oberschlesien schwebten, sind schließlich mit dem Frieden besiegelt worden, der für die Weiterentwicklung unserer Sache so unbedingt erforderlich war. Das polnische Volk in Schlesien, in zwei sich feindlich gegenüberstehende Lager geteilt, die einen harten Kampf gegeneinander führten, hat sich wiederum vereinigt um von jetzt ab gute und böse Tage zu teilen. Am Mittwoch Abend versammelten sich die Vertreter der beiden Richtungen in Beuthen im Saale des Hotel Sanssouci, wo in Gegenwart des Vertreters der preussischen Polizei die Friedensakte beschlossen und verkündet wurden.

Die Friedensbedingungen sind in den beiden Bekanntmachungen enthalten, die wir in der gestrigen Nummer gebracht haben. Die erste der beiden Bekanntmachungen ist durch die Vorstände zweier Vereine, den polnischen Wahlverein für Schlesien und den polnischen Volksverein erlassen, die zweite ist durch das polnische Wahlkomitee für Schlesien unterzeichnet.

In der ersten Bekanntmachung wird erklärt, daß die beiden eben bezeichneten Vereine in der Erkenntnis, daß der Zustand des Unfriedens in unser Gesamttheit der katholischen Sache sowohl wie auch der polnischen nicht wieder gut zu machenden Schaden bringt, sich miteinander im Namen des Wohles des polnischen Volkes vereint haben. Der Zusammenschluß erfolgte auf national-polnischer Grundlage. Die mit den Stimmen des polnischen Volkes in Schlesien gewählten Abgeordneten sollen Polen sein und als solche der einen Repräsentation des polnischen Volkes im preussischen Anteil, der polnischen Fraktion, beitreten.

Die Bekanntmachung betont, daß Schlesien sich mit dem Rest der polnischen Nation in Preußen in nationaler Beziehung Eins fühlt und daß es daher zwei Delegierte zum polnischen Central-Wahlkomitee für Deutschland entsenden wird.

Hierin steckt eine grundsätzliche Änderung in den bisherigen politischen Verhältnissen. Bisher war das polnische Volk in Schlesien politisch der, sei es wie es wolle, mächtigen Zentrumsparthei angehörend, bemüht, den Einfluß dieser Partei und ihr Ansehen für sich auszunutzen, zu gleicher Zeit hat aber das Zentrum wiederum die Kraft des polnischen Volkes für seine deutschen, mit dem Wohl des polnischen Volkes nichts gemein habenden Ziele ausgenutzt. Dieses Bündnis mit dem Zentrum, in dem als die schwächere Partei ohne Zweifel das polnische Volk benachteiligt worden ist, dieses Bündnis, das über ein Vierteljahrhundert gedauert hat, ist schließlich zerrissen worden. Von jetzt ab werden wir politisch zu dem Rest unserer Brüder in Preußen, zu den Polen im Posenschen, in Preußen und im Westen gehören und mit ihnen ein einiges, mächtiges Lager, mit einer Behörde an der Spitze, dem Central Wahlkomitee bilden.

Hinsichtlich des grundsätzlichen Punktes ist zwischen den Vereinen eine Einigung von vornherein erzielt worden und zwar ohne Diskussion, ohne längere Auseinandersetzungen. Gewisse Schwierigkeiten bildete die Frage hinsichtlich der gegenwärtigen Politik, insbesondere die Frage, ob die Polen in Oberschlesien an den kommenden Landtagswahlen teilnehmen sollen. Das preussische Wahlgesetz ist für uns Polen, und insbesondere für uns in Oberschlesien, sehr von Nachteil, weil es den Vermögenden das Übergewicht gewährt. Eine Wahl-Freiheit für die arbeitenden Massen besteht fast

gar nicht. Die Berg- und Hüttenbeamten führen ihre Arbeiter in das Versammlungslokal und lassen sie dort für einen Deutschen stimmen. Wehe ihm, wenn der Arbeiter dem Befehl nicht gehorcht! Unzweifelhaft ereilt ihn dafür die harte Strafe, daß er aus der Arbeit entfernt wird und die weiteren Folgen sind Hunger und Elend. Hinsichtlich dieser Abhängigkeit fällt es dem größten Teil der polnischen Wähler schwer an einen günstigen Erfolg der Wahlen zu denken. Abgesehen hiervon muß man noch den Umstand berücksichtigen, daß wir keine Wahlorganisation besitzen, die man nicht in einigen Wochen schaffen kann. Das sind die Gründe, die gegen eine Beteiligung bei den diesjährigen Wahlen sprachen.

Das nationale Lager hat diese Ansicht zum Teil für zutreffend anerkannt, jedoch aus diesem Zweifel den Kreis Pleß—Rybnick ausgeschaltet, in dem die nationale Bewegung bei den letzten Wahlen sich so tüchtig und deutlich gezeigt hat. In diesem Wahlbezirk haben wir auch eine zahlreiche Menge unabhängiger Landwirte, die sich vor der Rache der Arbeitgeber nicht zu fürchten brauchen, wie dies bei den Industrie-Arbeitern der Fall ist, weshalb man einen Sieg im Wahlbezirk Pleß—Rybnick für möglich halten kann. Daß man in beiden Lagern den Frieden gleich heiß ersehnte, bezeugt am besten die Tatsache, daß man sich nach kurzer Überlegung geeinigt und den Standpunkt eingenommen hat, in Pleß—Rybnick mit eigenen Kandidaten hervorzutreten.

Je 10 Delegierte sind aus jedem Verein in das polnische Wahlkomitee für Schlesien eingetreten, das eine Bekanntmachung erlassen hat, in der es die besprochenen Friedensbedingungen mitteilt. An der Spitze steht der durch seine national-polnische Überzeugung bekannt gewordene Propst Pędzialeski aus Boguszkowiz in dem national am meisten aufgeklärten Kreise Rybnick.

Das erste Hervortreten des Wahlkomitees für Schlesien, die Nominierung der Kandidaten für Pleß—Rybnick, erachten wir für sehr glücklich, wir sehen in ihm den Beweis dafür, daß das Komitee bestrebt ist mit der Tat zu bekräftigen, wie sehr es von dem Wohl des polnischen Volkes eingenommen ist. Als Kandidaten hat man Leute ausersehen, die im Wahlbezirk am meisten bekannt sind und die ebenso sehr die Lage des polnischen Volkes zu verbessern anstreben.

Das Komitee schließt seine Bekanntmachung mit den Worten: Glückauf dem polnischen Volke!

Auch wir wünschen den Wählern im Wahlbezirk Pleß—Rybnick, daß ihre Bemühungen und Anstrengungen, die sie hinsichtlich der Reichstagswahlen darangesetzt haben, jetzt bei den Landtagswahlen mit dem erwünschten Erfolg gekrönt werden mögen! Den Sieg können wir trotz der großen Macht unserer Gegner erringen, wenn jeder Pole seine Pflicht erfüllt. Die Polen in Pleß—Rybnick haben schon so hervorragende Beweise dafür gegeben, daß sie die Tragweite der Wahlen verstehen. Man muß daher die Hoffnung hegen, daß sie auch diesmal die Arbeit geschickt beginnen und in der Ausdauer beharren werden!

Möge der Friede, der zwischen den Führern der Bewegung geschlossen worden ist in alle Schichten der Bevölkerung und in alle Winkel Oberschlesiens dringen und wir werden schnell reichliche Früchte ernten!

Aus Nr. 186 des „Głos Śląski“ (Gleiwitz)
vom 11. Oktober 1903:

Der Friede in Oberschlesien ist eine vollzogene Tatsache.

Gestern haben wir zwei Bekanntmachungen veröffentlicht, eine von dem polnischen Wahl-Verein und

dem polnischen Volksverein gemeinschaftlich herausgegebene und eine durch das neu gegründete Wahlkomitee für Schlesien beschlossene. Aus diesen Bekanntmachungen geht hervor, daß wir von nun an eine Wahlbehörde für Schlesien haben. Diese Behörde ist eine polnische, sie steht auf national-polnischem Standpunkte und wird die Wahl von Abgeordneten unter polnischer Fahne für die polnische Fraktion durchführen.

Dieser Behörde haben sich alle drei polnischen Zeitungen, nämlich der Głos Śląski, der Gornoslonski und der Katolik untergeordnet. Diese drei Zeitungen werden also unter nationaler Fahne marschieren und unter dieser Fahne die Rechte des Volkes und unser nationales Bestehen verteidigen.

Das ist ein schöner, großartiger Erfolg und Vorteil für unsere großartige Sache in Oberschlesien.

Vor allem müssen wir unseren Lesern erläutern, weshalb das gegründete Wahl-Komitee zu den gemeinsamen Beratungen nicht die breiten Volksmassen berufen hat, die in solchen Angelegenheiten die letzte Instanz sind und bleiben müssen.

Das muß man damit deuten, daß wir leider in Oberschlesien in solchen Verhältnissen leben, daß wir zu Versammlungen keine Räume bekommen können. Hätte das Komitee einen Saal für eine Versammlung bekommen, so hätte es eine Volksversammlung einberufen und dort die ganze Angelegenheit zur Sprache gebracht. Ein Saal war nicht zu erlangen und wir glauben, daß unsere Leser sowohl wie die Polen in Oberschlesien überhaupt das Komitee für verbindlich halten werden.

Die Nachricht von dem Frieden wird in zufriedenen Echo nicht nur in unserem polnischen Volke in Oberschlesien, sondern auch in ganz Polen, so lang und so breit Polen ist, widerhallen, denn wir werden von jetzt ab ein geschlossenes, einiges Lager darstellen, das seine Rechte und seine gerechten polnischen Forderungen dem germanischen Andrang und den Hafatisten gegenüber verteidigen wird.

Aber nicht nur in Schlesien werden wir ein geschlossenes polnisches Lager bilden, sondern wir vereinen uns nun mit allen unseren übrigen Landsleuten im preussischen Anteil in ein großes nationales und politisches Ganze. Mit diesem Augenblick tritt Schlesien aus der Herrschaft der Centrumsmänner aus, die es bisher in den Reichstag und in das Abgeordnetenhaus gewählt hat, und es tritt in die polnische Fraktion ein.

Das ist ein historischer Augenblick, das ist ein Augenblick von hervorragender Bedeutung. Das Jahr 1903 wird für immer tief in der Geschichte der ganzen polnischen Nation eingeschrieben bleiben.

Dafür werden wir Gott danken. Wir werden Gott danken, daß er in dem obereschlesischen Volke, das die Deutschen schon für germanisiert und für sich und ihre Sache schon gewonnen dachten, das polnische Empfinden, die Anhänglichkeit und Liebe an den Glauben, die Sprache und die Nationalität unserer Väter bewahrt und gestärkt hat und zwar, daß er dieses alles in so hohem Maße bewahrt hat, daß unser Schlesien zu dem Mutterstamm wieder zurückgekehrt ist. Schlesien kehrt zurück und will gleichzeitig und gleichmäßig mit dem Rest unserer Landsleute an der Erhaltung und Stärkung der Wälle und Fundamente unserer Lage, unseres nationalen Bestehens arbeiten. Der Anschluß Schlesiens — das ist eine Eroberung nicht nur für die obereschlesische Sache, sondern für die gesamte polnische Nation. Wenn uns immer wieder Nachrichten zugehen, daß polnische Erde in den Besitz der preussischen Ansiedelungskommission übergeht, so erheben sich hier in Schlesien,

dem äußersten Flügel der polnischen Nation im preußischen Anteil, die Volksmassen und in dem Empfinden ihrer nationalen Aufklärung, vereinigen sie sich mit ihren Landsleuten zur gemeinsamen Arbeit, zu gemeinsamem Wohl und zu gemeinsamem Mißgeschick. Die Vorsehung Gottes wacht sichtbar über das polnische Volk, sie wirkt für dasselbe und wird seinen Verfall und sein Schwinden nicht zulassen.

Vor zwei Jahren hatten wir die Breschener Angelegenheit, die den Geist der ganzen polnischen Nation elektrifiziert und geweckt hat, und wenn unsere Gegner und Feinde sich überzeugen wollten, wo und was für eine Kraft in unserer polnischen Nation steckt, so konnten sie an der Breschener Angelegenheit die Überzeugung gewinnen, denn sie gab Beweise einer solchen Liebe und einer solchen Einigkeit, daß sie eins der großartigsten nationalen Zeichen in ganz Europa war.

So war es vor zwei Jahren. Heute haben wir einen gleichen Augenblick, denn unser Schlesien vereinigt sich politisch mit unseren Landsleuten im preußischen Anteil. Es vereinigt sich deshalb, weil in ihm dasselbe polnische Blut fließt, weil es die gleiche polnische Nation, den gleichen Geist und den gleichen polnischen Körper darstellt. Es vereinigt sich, weil es ganze Jahre hindurch daraufhin gearbeitet hat, heute kann es mit Stolz auf das Resultat seiner, viele Jahre hindurch dauernden schweren und mühseligen Arbeit, auf die sich erhebende und zunehmende nationale Bewegung in Schlesien schauen, die kraft eigenen Willens, eigener Macht, eigener Energie und eigener Stärke besteht.

Die nationale Bewegung hat schon während der letzten Wahlen auf sich etwa 45 000 Stimmen vereinigt und die Wahl eines Polen zum Abgeordneten durchgesetzt. Aber damals war das polnische Lager untereinander noch nicht einig; einige stimmten für den nationalen Kandidaten und andere für den Kandidaten des Centrums. Heute, infolge des Friedensabschlusses, erwachsen der nationalen Bewegung neue Kräfte und für die Zukunft erlangt sie eine größere Bedeutung nicht nur im eigenen polnischen Lager, sondern auch nach außen hin unseren gemeinsamen Feinden gegenüber: Es besteht eine einzige polnische Wahlbehörde, und diese Behörde unterstellt sich der obersten Wahlbehörde für alle Polen in ganz Deutschland in Gestalt des polnischen Central-Wahl-Komitees.

Dem Wahl-Komitee traten auch zwei Geistliche bei, denen wir bereits in der gestrigen Nummer im Namen unserer Leser unsere Ehrung, Anerkennung und Dankbarkeit ausgesprochen haben. Wollte Gott, daß die Arbeit des neuen Komitees unter Mitwirkung geschätzter Kaplane die besten und reichsten Früchte für unsere polnische und katholische Sache bringen möge. Möge Gott diese Arbeit segnen, daß sie unserem polnischen Volke, dem so schwer und vielfach benachteiligten und verfolgten Volke, Erfolg und Gewinn bringe.

Das Wahlkomitee erklärt in seinem Aufruf auch, daß es bei den diesjährigen Wahlen zum Abgeordnetenhaus Abstimmung, d. h. Wahlenthaltung empfehle mit Ausnahme in dem Wahlbezirk Pleß-Rybnick, wo als Kandidaten folgende Herren aufgestellt worden sind: Johann Kowalczyk, Leopold Parzygola aus Gloska bei Czerniewka und Poczontka, Gutsbesitzer in Tychowo.

Zweiten dieser Angelegenheiten werden wir uns noch in den nächsten Nummern widmen, aber wir wenden uns schon heute an die Wähler im Wahlbezirk Pleß-Rybnick mit der heißen Bitte und mit dem Appell, Hand in Hand und mit Energie an die Arbeit und die Wahl-Agitation zu gehen.

Vor allem handelt es sich um gute Wahlmänner, daher muß man als Wahlmänner an jedem Orte tüchtige, aufgeklärte und unabhängige Bürger ausfindig

machen, die von der nationalen Sache durchdrungen sind und sich von Niemandem beirren lassen.

Daher auf zur Tat Ihr Wähler im Wahlbezirk Pleß-Rybnick! Möge schon jetzt dort die mündliche Agitation von Haus zu Haus, von Hütte zu Hütte beginnen. In diesem Wahlbezirk ist sogar bei öffentlichen Wahlen, wie dies die Wahlen zum Abgeordnetenhaus sind, die Möglichkeit der Durchbringung eines polnischen Abgeordneten für die polnische Fraktion nicht ausgeschlossen.

Aus Nr. 185 des Glos Śląski (Gleiwitz)

vom 10. Oktober 1903:

Ehre den edlen Kaplänen!

Der Friede in unserer polnischen Gesamtheit in Oberschlesien hat eine große, weitgehende Bedeutung. Heute wollen wir vor allem zwei polnischen Kaplänen, die dem Wahlkomitee beigetreten sind, unsere Anerkennung ausdrücken und zwar dem Propst Skowronski und dem Propst Bendzialek. Schon durch den Umstand allein, daß sie dem Wahlkomitee beigetreten sind, ist ihr Verdienst hinsichtlich der polnischen Sache ein bedeutendes.

Schon häufig erwähnten wir, daß wir in Schlesien schätzbare polnische Geistliche haben, die von dem besten Wohlwollen für unsere polnische Sache befeelt sind, aber diese Geistlichen konnten nicht immer öffentlich und dreist hervortreten, weil sie mit den verschiedensten Umständen rechnen mußten.

Gegenwärtig haben wir schon zwei tüchtige und furchtlose Geistliche, die sich mit offener Stirn für unsere nationale polnische Sache erklärt haben. Einer von ihnen und zwar der Geistliche Bendzialek ist sogar Vorsitzender des Komitees, der Zweite aber Delegierter für das Central-Wahl-Komitee der Polen in Deutschland. Schon sehr oft haben wir erwähnt, daß unsere nationale Bewegung in Schlesien auf den Grundsätzen des Katholizismus steht und stehen muß und daß von seiten der nationalen Bewegung der katholischen Kirche sowohl wie der katholischen Sache überhaupt keinerlei Gefahr droht. Trotzdem haben die schlesischen Centrumsmänner unsere polnische Bewegung als der katholischen Kirche und der Geistlichkeit feindlich verschrien und uns als ehr- und glaubenslos verurteilt.

Jetzt, wo an der Spitze der polnischen Bewegung zwei Kapläne stehen, muß man annehmen, daß das zügellose Geschrei aufhören wird. Die Beteiligung zweier Geistlicher an unserer polnischen Bewegung ist die beste Garantie dafür, daß der katholische Charakter unserer polnischen Bewegung gewahrt bleiben wird, denn die Geistlichen würden nicht einer Organisation beitreten, die der Geistlichkeit feindlich gesinnt sein würde.

Anders kann es auch nicht sein, denn unsere obereschlesische Volks-gesamtheit — und das betonen wir wiederholt, — kann nicht nur polnisch, sondern sie muß auch katholisch sein und zwar nicht nur katholisch dem Namen nach, sondern aufrichtig katholisch, sie muß eine aufrichtige Anhänglichkeit an die Kirche und den Glauben ihrer Vorfahren haben. Wir wollen nicht nur tote, sondern tätige Mitglieder unserer heiligen Kirche sein.

Von diesem Standpunkt sind wir niemals abgewichen und werden davon auch nicht abweichen. Diejenigen, die uns nach dieser Richtung hin schwere Vorwürfe gemacht haben, mußten selbst sehen, daß ihre Behauptungen nicht zutreffend sind, aber sie behaupteten dies trotzdem, weil es sich ihnen um poli-

tische Angelegenheiten, um die weitere politische Herrschaft der schlesischen Zentrumsleute über das polnische Volk handelte. Diese unsere politischen Gegner haben uns hierdurch schweres Unrecht zugefügt; wir haben dies Unrecht ertragen, weil wir das Vertrauen hatten, daß früher oder später die Wahrheit an den Tag kommen und daß sich erweisen muß, daß die schweren Vorwürfe nicht richtig, ungerecht und unrecht waren.

Wir wollen heute nicht wieder zu den traurigen und bedauernswerten Zeiten zurückkehren. Mögen sie im Meer der Vergessenheit versinken. Davon sind wir aber überzeugt, daß wir im Sinne unserer Leser handeln, wenn wir in ihrem Namen den beiden Kaplänen, die unserer nationalen Organisation beigetreten sind, hierfür öffentlich unseren Dank sagen und ihnen unsere Ehrerbietung und Anerkennung ausdrücken.

Das gesamte polnische Volk wird sie für immer in dankbarer Erinnerung und Anerkennung bewahren. Solcher Geistlichen gib uns, lieber Gott, recht viel in Schlesien, und es werden gänzlich andere Verhältnisse bei uns herrschen.

Aus Nr. 233 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 13. Oktober 1903:

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

Königshütte, 9. Oktober.

Die geehrte Redaktion des Dziennik Poznański bitte ich auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

Es ist unwahr, daß die Redaktion der Gazeta Katolicka ihre Korrespondenten verraten hat, wie der Dziennik Poznański schrieb, indem er behauptete, die Redaktion der Gazeta Katolicka habe ihren Korrespondenten aus Wola an der Weichsel verraten, der ihr eine Zuschrift über die tadelnswerten, in Wola herrschenden Verhältnisse übersandt hatte. Die Redaktion der Gazeta Katolicka hat keinen ihrer Korrespondenten verraten, da sie einen solchen Verrat für schändlich und unedel hält, so daß er in einer redlichen Redaktion geradezu unmöglich ist. Die Sache verhält sich anders. Einer der früheren Redakteure der Gazeta Katolicka, der seit einiger Zeit mit der Redaktion in gar keiner Verbindung steht, hatte sich den einschlägigen Brief absolut ungerechtfertigt und unrechtmäßig vorbehalten oder angeeignet, und er hat — unbekannt aus welchem Grunde — ein Redaktionsgeheimnis gemißbraucht, indem er ohne unser Wissen und Willen den Brief des Korrespondenten dem Gemeindevorstand in Wola auslieferte. Für das gewissenlose Benehmen dieser Person kann man die Redaktion der Gazeta Katolicka nicht einer Schuld zeihen.

Mit Hochachtung

Franz Labus,

Redakteur der Gazeta Katolicka.

Aus Nr. 10 des Sokół (Posen)

vom Oktober 1903:

B e r i c h t

über das Turnfest des VI. (schlesischen)
Gaus der polnischen Sokols, abgehalten
am 23. August 1903 in Szezafowa.

Am 23. August fand das zweite schlesische Gau-
fest zu Szezafowa in Galizien statt, weil wir bei uns
die Genehmigung zur Abhaltung eines Turnfestes
nicht erhalten können.

Dieses Fest könnte eigentlich das erste genannt werden, denn im vergangenen Jahre war es bloß ein Versuch, ein Probestein, ob angesichts so großer und zahlreicher Hindernisse die preussische Regierung unsern Geist nicht gebrochen hat.

Der Versuch glückte, wenn auch nicht allzu gut. Es wurde die Überzeugung gewonnen, daß die Sokol-
idee nicht bloß lebt, sondern daß sie sich entwickelt und immer weitere Kreise unserer schlesischen Jugend umschließt. So wurde munter zur Arbeit geschritten, und die Arbeit hat die gewünschten Früchte gezeitigt. Während sich im Vorjahre nur 4 Vereine mit der Gesamtzahl von 30 und einigen Mitgliedern eingefunden hatten, wuchs die Zahl in diesem Jahr zu 7 Vereinen heran, auf dem Turnplatz dagegen erschienen 70 Turner. Erwähnt muß werden, daß der Verein aus Lipine an dem Gaufest wegen Mangels an einem Saale nicht teilnehmen konnte, in welchem sie hätten Übungen abhalten können, und daß sich aus diesem Grunde kein einziger Kamerad aus Lipine an den Übungen beteiligte; mehrere andere Kameraden mußten wiederum wegen Mangels an Turneruniformen von der Revue fernbleiben.

Zum schlesischen Gause gehören folgende Vereine: Beuthen, Rattowitz, Königshütte, Lipine, Myslowitz, Rozdzin und Breslau, zusammen 7 Vereine. An dem Feste nahmen alle teil, die einzelnen Vereine aber stellten übende Turner: Beuthen 19, Myslowitz 3, Rattowitz 6, Rozdzin 20, Königshütte 17, Breslau 5, Lipine —.

Von diesen Vereinen besitzen nur Beuthen, Königshütte und Breslau Turnsäle. Die Kameraden aus Rattowitz, Rozdzin und Myslowitz übten meistens in ihren Wohnungen.

In Anbetracht solcher Verhältnisse könnte man annehmen, das Turnfest sei schlecht ausgefallen. Indessen war dem nicht so. Es fiel vielmehr sehr gut aus im Vergleich zu manchen Turnfesten in Großpolen, bei denen ich anwesend war.

Schon um 6 Uhr früh hatten sich alle Vereine in Rattowitz versammelt, von wo sie nach Szezafowa abreisten. Vormittags wurden Proben veranstaltet. Da das Programm der Turnspiele sehr umfangreich war, mußten wir aus Mangel an Zeit das in dem Programm enthaltene Prämienturnen streichen.

Punkt 3 1/2 Uhr verließen die 70 Kameraden den Garderoberraum und eröffneten auf dem feuchten Turnplatz den Reigen, dessen gute Ausführung das sehr zahlreiche Publikum aus Schlesien, Galizien und sogar aus dem Königreich mit stürmischem Beifallsklatschen belohnte. Hierauf erfolgte die Aufstellung zu den Freiübungen. Vorturner war Kamerad Gwozdy aus Beuthen. Die Freiübungen fielen meines Erachtens vorzüglich aus, obgleich die Musik schlecht begleitete. Die richtige Stellung und Deckung gelang so gut, daß man solche selten auf Turnfesten bemerken kann. Der dritte Punkt des Programms, die Gerätübungen, nämlich am Reck, am Pferd und am Barren, gelangen weniger gut, und zwar deswegen, weil Rattowitz, Rozdzin und Myslowitz weder Turnsäle noch Turngeräte besitzen. Die Musterriege, an welcher sich Breslau, Beuthen und Königshütte beteiligten, führte einige gute Übungen am Reck und am Barren aus. Es wurde dann zum Keulen-
schwingen geschritten, wozu 20 Kameraden antraten. In diesem Punkte des Programms konnte bewundert werden, mit welcher Sicherheit die Kameraden ihre Übungen vorführten. Im 16. Takte nämlich spielte die Musik falsch und hörte schließlich ganz auf zu spielen. Ganz ungestört aber führten die Turner ihre Übungen kaltblütig zu Ende, ohne sie auch nur eine einzige Sekunde zu unterbrechen. Sie gelangen

auch trotz des Musikmangels zu allgemeiner Zufriedenheit. Bei dem Klange einer einzigen Trompete erschien der „Sokol“ aus Jaworzno mit Lanzen auf dem Turnplatz, und mit ihm zwei 12jährige Knaben, deren Lanzen zweimal so groß waren als sie selbst. Die Lanzenübungen fielen glänzend aus, daher belohnte auch unser schlesisches Publikum die Kameraden aus Jaworzno mit mächtigem Beifallsturm, und jene zwei Knaben, welche den Erwachsenen gar nichts nachgegeben hatten, wurden von den schlesischen Kameraden auf den Schultern vom Turnplatz in den Garderoberraum unter unaufhörlichen „Hochrufen“ getragen.

Spät Abends um 8 Uhr wurden bei Feuerwerk mehrere Pyramiden ausgeführt, die vorzüglich gelangen. Leider blieb keine Zeit mehr übrig zur Abhaltung der Gauversammlung, die ebenfalls stattfinden sollte, denn um 9 Uhr 10 Minuten ging der letzte Sonderzug nach Rattowitz ab, welchen uns die Eisenbahndirektion zur Verfügung gestellt hatte. Von den gastfreundlichen Kameraden aus Jaworzno, die uns die herzlichste Aufnahme gewährten, haben wir uns unter den Klängen der Musik verabschiedet, indem wir von dem Feste den besten Eindruck und die größte Befriedigung mitnahmen.

An dieser Stelle sei mir gestattet, allen Kameraden für die wahrhaft militärische Rucht und Ordnung zu danken. An keinem Turnfeste habe ich eine solche Disziplin gesehen wie in Szczakowa; diesem Umstand haben wir es daher auch zu verdanken, daß das Fest so glänzend gelungen ist.

Dieses Turnfest hinterließ bei jedem Kameraden und Gaste einen unauslöschlichen Eindruck.

Wir haben uns davon vollkommen überzeugt, daß wir der Turnfale und eigener Sokolhäuser bedürfen, um den ältesten und den bestgeschulten Vereinen gleichzukommen, daß wir an Macht zunehmen, daß wir an Zahl wachsen. Daher soll es auch unser größtes Bestreben sein, entsprechende Fonds zur Errichtung, sei es auch nur eines einzigen eigenen Sokolhauses in Schlesien zu sammeln.

Zu diesem Zwecke werden wir also in nächster Zukunft Beiträge zu sammeln beginnen. Gut Heil!

Postrach,

Turnwart des schlesischen Gaus.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 225 des „Dziennik Berlinski“ (Berlin)
vom 13. Oktober 1903:

Das Bismarck-Denkmal in Posen

ist bereits enthüllt. Die Enthüllungsfierlichkeit fand gestern statt. Zum größeren Spotte der Polen hat man das Denkmal direkt vor dem Einfahrtstor der Hauptstadt Großpolens aufgestellt. Zu dieser Feierlichkeit der Feindschaft waren alle Hauptanführer des Sokatismus und die demselben mit Leib und Seele zugetanen Minister erschienen; besonders mag hier der Minister des Innern, Freiherr von Hammerstein, genannt sein, welcher bei dieser Gelegenheit eine fanatischere antipolnische Rede hielt, als der ebenfalls bei dieser Feier anwesende Sohn Bismarcks, Herbert. Die Hauptrede hielt am Denkmal der Erzkaplan des Sokatismus und des neuzeitigen Kreuzrittertums, Herr von Tiedemann aus Seeheim; im Namen der Stadt übernahm der Oberbürgermeister Dr. Wilms, ein Katholik, das Denkmal des Schöpfers des Kulturkampfes.

So steht denn die in Erz gezauberte Gestalt Bismarcks an der Schwelle der Hauptstadt Großpolens und der einst so strahlenden Hauptstadt Polens. Man hat sie aufgestellt, um uns zu verhöhnen, um uns zu demütigen; solches ist aus denselben Beweggründen geschehen, wie seiner Zeit das Aushängen jenes Geflerhuts gegen die Schweizer.

Ebenso wenig wie sich damals die heute freien Schweizer gebeugt haben, werden auch wir uns vor dem in Erz gegossenen „Gefler“ in Posen beugen. Für uns wird er nur ein Denkmal preußischer „Dankbarkeit“ für Polen und der preußischen Ethik der Faust sein, ein Denkmal, welches uns in deutlicher Weise — das preußische Paradies vor Augen führt.

Die polnische Mutter wird am Fuße des Denkmals ihren Kindern von diesem Paradiese erzählen und sie polnischen Patriotismus lehren.

Aus Nr. 230 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 9. Oktober 1903:

Herr Karl Rose,

der Besitzer des Dziennik Berlinski, ist zum Vertreter Berlins und Brandenburgs in das zu gründende „Zentral-Wahlkomitee für Deutschland“ gewählt worden.

Aus Nr. 231 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 8. Oktober 1903:

Das politische Komitee für Berlin und die Provinz Brandenburg hielt am Dienstag, den 6. d. M., eine Sitzung ab, in welcher der Verleger des Dziennik Berlinski, Karl Rose, zum Delegierten für das in Posen zu bildende Zentral-Wahlkomitee für ganz Deutschland gewählt wurde. Rose veröffentlicht im Dziennik Berlinski „für die ihm zu teil gewordene Ehre“ nachstehendes Dankschreiben:

„Zeit gestern bin ich für Berlin und die Provinz Brandenburg Vertreter in dem für ganz Deutschland zu bildenden Zentral-Wahlkomitee, und ich bin stolz darauf, daß die Emigration in dem Augenblicke, in welchem sie zum ersten Male legale Stimme in dem Komitee erhält, welche unsere höchste politische Wahlbehörde werden soll, dieses ehrenvolle Mandat in meine Hände legt. Weil von meinen Verdiensten noch keine Rede sein kann, so muß ich diese Wahl als eine Anerkennung meines guten Willens ansehen, und es ist für mich um so schätzbare, als auch die Mitglieder desjenigen Komitees für mich gestimmt haben, das sich ehemals zu meinen politischen Gegnern gezählt hat. Indem ich allen und jedem besonders dafür danke, daß mir auf diese Weise Vertrauen entgegengebracht worden ist, verspreche ich gleichzeitig, in dem Zentral-Wahlkomitee stets ein eifriger Verteidiger der demokratischen Sache zu sein und die Interessen des Emigrantentums energisch zu vertreten und überhaupt — so weit mir dieses zukommen wird — dazu beizutragen, daß die Schaffung eines solchen Zentral-Komitees für unsere nationale Sache glückliche Erfolge zu verzeichnen hätte.

Berlin, den 7. Oktober 1903.

Karl Rose.

Aus Nr. 222 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 27. September 1903:

Die Satzungen des Verbandes der polnisch-katholischen Arbeitervereine Deutschlands.

Nachstehende Satzungen sollen das bisherige Statut ersetzen, das sich angesichts der unverhofft

günstigen Entwicklung des Verbandes (es sind ihm schon über 20 in der Fremde bestehende Vereine beigetreten) als unzulänglich erwiesen hat. Im Falle ihrer Annahme durch die Versammlung der Delegierten der dem Verbands angehörenden Vereine wird sich das Reich der Tätigkeit des Verbandes noch bedeutend erweitern. Seine wackeren Leiter sind, wie man sich aus dem Wortlaut der neuen Satzungen überzeugen kann, bestrebt, diese Tätigkeit auf die sehr gesunde und rationelle Grundlage der Gegenseitigkeit in der Arbeit an der wirtschaftlichen, sittlichen und kulturellen Hebung des polnischen Arbeiterstandes zu stützen. Die neuen Satzungen wird der Verbandsvorstand der Versammlung der Delegierten der dem Verbands angehörenden Vereine vorlegen, die hier (in Berlin) am 18. künftigen Monats stattfinden wird. Wir sind überzeugt, daß die Versammlung sie bestätigen und daß dann der Verband im Stande sein wird, seine ehrenwerten Ziele und Absichten zum Wohle des polnischen Arbeiters in die Tat umzusetzen. Ferner sind wir überzeugt, daß es ihm gelingen wird, unter seiner Standarte die zahlreichen Scharen polnischer Arbeiter zu sammeln, besonders die, welche wegen der verschiedenen vermeintlichen Vorteile und wegen des Mangels an Nationalbewußtsein noch in den deutschen Vereinen und Verbänden herumirren, in diesen mit der Zeit ihr Nationalgefühl einbüßend. Da der polnische Verband den Mitgliedern der ihm angehörenden Vereine sogar größere materielle Vorteile sichert, als diejenigen, welche die deutschen Verbände ihren Mitgliedern bieten, wird sich kein polnischer Arbeiter besonders in der Fremde darauf berufen können, daß er dieser materiellen Vorteile halber den deutschen Vereinen und Verbänden angehören müsse. Hier kann unser Verband sehr viel Gutes wirken.

Wir wünschen ihm aus ganzem Herzen, daß er seine redlichen Absichten voll und ganz erreiche.

Der Entwurf der neuen Satzungen lautet:

§ 1. Name des Verbandes: Verband der Vereine der polnisch-katholischen Arbeiter in Deutschland mit dem Sitze in Berlin.

§ 2. Ziele des Verbandes: 1. die materielle Unterstützung der einzelnen Vereine: a) die Verbreitung von Aufklärung unter dem Arbeiterstande auf religiös-nationalen Boden; b) die Sicherung gebührender Wertschätzung und eines gebührenden Standes in der Volksgemeinschaft für den Arbeiterstand.

§ 3. Mittel, die zum Ziele führen: 1. Die Gründung einer Begräbniskasse; 2. die Gründung von Vereinen polnisch-katholischer Arbeiter in jeder Gegend, wo sich Polen aufhalten; 3. alljährliche Zusammenkünfte der Delegierten.

§ 4. Zutritt zu dem Verbands haben alle Vereine polnisch-katholischen Charakters, welche sich den Vorschriften des § 12 unterwerfen.

§ 5. Aufnahme der Vereine in den Verband: 1. Die Aufnahme eines neuen Vereins bewerkstelligt der Vorstand. 2. Die Aufnahme in den Verband erfolgt in dem Moment, in welchem der Vorstand der von dem Vorstand des einschlägigen Vereins unterzeichneten Erklärung des Beitritts zum Verbands und ein Eintrittsgeld von 5 Mark zugesandt erhält. Dafür erhält der sich meldende Verein: die Erklärung der Aufnahme seiner Mitglieder in den Verband, sowie die Reglements betreffend die Begräbniskasse, schließlich ein Kassensbuch nach der vom Verband für alle einzelnen Vereine vorgeschriebenen Form.

§ 6. Die Zugehörigkeit eines Vereins zum Verbands hört mit dem Augenblick der Auflösung des

Vereins, des Austritts oder der Ausschließung desselben auf.

§ 7. 1. Der Austritt eines Vereins hört mit dem Augenblick auf, in welchem er bekannt gibt, er werde dem Verbands länger nicht angehören. Diese Bekanntgabe hat der Vorstand des Vereins zu Händen des Verbandsvorstandes gelangen zu lassen.

§ 8. Ausgeschlossen kann ein Verein werden 1. wenn er seine Beiträge nicht regelmäßig zur festgesetzten Zeit bezahlt (§ 12 Abs. 2); 2. wenn er die Satzungen (§ 12 Abs. 4, 5 und 6) und die von den Delegierten angenommenen Beschlüsse übertritt.

§ 9. 1. Mit dem Augenblick des Austritts oder der Ausschließung eines Vereins aus dem Verbands hört jedes Stimmrecht auf, auch erlöschen alle Ansprüche des Vereins an die Verbandskasse, sowie an die übrigen Wohltätigkeitseinrichtungen des Verbandes. 2. Die Auflösung, der Austritt oder die Ausschließung eines Vereins aus dem Verbands muß so zeitig als möglich im Organ des Verbandes, sowie in der nächsten Delegiertenversammlung bekannt gegeben werden.

§ 10. 1. Die Ausschließung bewirkt der Verbandsvorstand. 2. Dem Ausgeschlossenen steht das Recht der Berufung an die Konferenz der Vorstehenden seines Bezirks als 2. Instanz und schließlich der Berufung an die Delegiertenversammlung als 3. Instanz zu. 3. Von der Ausschließung muß der Vorstand des Vereins schriftlich durch den Verband in Kenntnis gesetzt werden. 4. Ein vom Verbandsvorstand ausgeschlossener Verein bezahlt, falls eine höhere Instanz die Ausschließung für ungültig erklärt, die rückständigen Beiträge, und er bleibt im Besitz seiner vollen Rechte.

§ 11. 1. Falls ein Verein seine Beiträge nicht zur festgesetzten Zeit entrichtet, verliert er das Recht eines alten Mitglieds, d. i. die Mitglieder des einschlägigen Vereins haben von neuem die nach § 3 des Reglements der Begräbniskasse vorgeschriebene Übergangszeit durchzumachen. 2. Ein Verein bezahlt nur für diejenigen Mitglieder, welche ihre Beiträge an die Vereinskasse entrichtet haben. Unregelmäßig ihre Beiträge zahlende Mitglieder unterliegen im Todesfalle gleichfalls dem § 3 des Reglements der Begräbniskasse.

§ 12. Pflichten und Rechte der Vereine. 1. Vereine, welche dem Verbands angehören, erheben und führen an die Verbandskasse monatlich 10 Pfennige für die Begräbniskasse ab. Diese Beiträge müssen vierteljährlich entrichtet werden und zwar in der Zeit vom 1. bis zum 20. im ersten Monat nach Ablauf jedes Vierteljahres. Die neuen Vierteljahre beginnen am 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober. 2. Mitglieder im Alter von mehr als 55 Jahren werden in den Verband aufgenommen, soweit sie einem Verein bereits angehören. Neu sich für den Verband anmeldende Mitglieder im Alter über 55 Jahre werden nicht aufgenommen. 3. Jeder Verein ist verpflichtet, streng nach polnisch-katholischen Grundsätzen zu verfahren. 4. Jeder Verein ist verpflichtet, in der Osterzeit gemeinsam zur Beichte und zur heiligen Kommunion zu gehen. 5. Ein dem Verbands angehörender Verein ist verpflichtet, diejenigen Mitglieder auszuschließen, welche im Verein Demoralisation und Argernis verbreiten. 6. Verbandsvereine unterwerfen sich bei allen strittigen Angelegenheiten der Entscheidung der zuständigen Verbandsinstanz, und sie verzichten vollständig auf das Recht, sich auf den Weg der staatlichen Rechtspflege zu begeben. Die erste Beschwerdeinstanz ist der Verbandsvorstand, die zweite die Konferenz der Vorstehen-

den des eigenen Bezirks und die dritte die Delegiertenversammlung. 7. Der Vorstand eines dem Verbands angehörnden Vereins ist verpflichtet, ein Exemplar derjenigen Zeitung zu halten, welche der Verband als Verbandsorgan wählen wird, da in diesem Organ alle Sachen vordem bekannt gegeben werden, die den Verband betreffen, wodurch dem Verbandsvorstand die Arbeit erleichtert wird. (Bekanntlich hat der Vorstand den Dziennik Berlinki als Verbandsorgan gewählt. Red.)

§ 13. Jedem Verein steht das Recht zu: 1. an allen Delegiertenversammlungen und an den Konferenzen der Vereinsvorsitzenden teilzunehmen. 2. Bis zu 50 Mitgliedern wird ein Delegierter entsendet; ferner für jede angefangene 50 ein weiterer Delegierter. 3. Die Delegierten stimmen in der Delegiertenversammlung oder in der Vorsitzendenkonferenz bei wichtigen Anträgen nach vorheriger Verständigung mit den Vereinen in deren Sinne, und sie äußern nicht ihre eigenen Ansichten. 4. Jeder Verein hat das Recht, Anträge durch seine Delegierten in der Konferenz der Vorsitzenden seines Bezirks mündlich vorzubringen, auch in der Delegiertenversammlung. Jedoch müssen sie nur schriftlich und zwar mindestens 5 Wochen vor der Zusammenkunft zu Händen des Verbandsvorstandes eingekandt sein.

§ 14. Gesetzgeberische Körperschaften des Verbandes sind: 1. der Verbandsvorstand, 2. die Konferenz der Vorsitzenden und 3. die Delegiertenversammlung.

§ 15. Der Hauptvorstand setzt sich zusammen 1. aus dem Vorsitzenden und dessen Vertreter, 2. aus dem Schriftführer und dessen Vertreter, 3. aus dem Schatzmeister, 4. den Kontrolleuren, 5. drei Beigeordneten und 6. ebensoviel Bezirksvorsitzenden, als der Verband Bezirke zählt.

§ 16. Die Wahl des Vorstandes. 1. Sie wird in der Delegiertenversammlung bewerkstelligt. Der Vorstand wird aus der Mitte der Delegierten auf 3 Jahre gewählt. Nach Ablauf des ersten Jahres treten der Schriftführer, 1 Kontrolleur, 1 Beigeordneter und der Vertreter des Vorsitzenden ab; im zweiten Jahre der Schatzmeister, der Vertreter des Schriftführers, 1 Kontrolleur und 1 Beigeordneter, im dritten Jahre der Vorsitzende und die übrigen Beamten. Wiederwahl ist statthaft. 2. Der Vorstand muß in Berlin oder in dessen Vororten wohnhaft sein. 3. Jedes Vorstandsmitglied muß durch denjenigen Verein bestätigt werden, dem es angehört, und zwar zwecks Feststellung, ob man ihm das übertragene Amt anvertrauen könne.

§ 17. 1. Der Vorstand stellt eine geschlossene Körperschaft dar, welche keinem der Vereine untersteht, denen die einzelnen Mitglieder des Verbandsvorstandes angehören. 2. Kein Beamter vertritt seinen Verein; an seiner Statt wird ein neuer Delegierter gewählt.

§ 18. Der Hauptvorstand leitet die Konferenz der Vorsitzenden des einschlägigen Bezirks, in welchem der Sitz des Verbandes ist, und die Delegiertenversammlung. 2. Er führt die Aufsicht über die Verwaltung des gesamten Verbandes und wacht über die Beobachtung der Verbandsstatuten. 3. Er beobachtet die Bewegung der einzelnen Vereine; im Bedarfsfalle gründet er neue Vereine, wobei ihm der Bezirksvorstand behilflich ist. 4. Er bildet überall da Bezirke, wo es die Notwendigkeit heischt und besonders, wo sich mindestens 10 dem Verbands angehörende Vereine befinden.

§ 19. Pflichten der Beamten. 1. Der Vorsitzende vertritt den Verband nach außen und nach innen. Er ist der Vorsitzende der Konferenzen seines

Bezirks und der Delegiertenversammlung. 2. Er beruft den Vorstand ein, so oft die Verhältnisse dies erfordern oder 4 Mitglieder es verlangen und erteilt 3. den sich zum Verbands meldenden Vereinen alle Informationen.

§ 20. 1. Der Schriftführer führt die Protokolle bei allen Funktionen, wo der Vorsitzende des Verbandes den Vorsitz führt. 2. Er trägt die Mitglieder der einzelnen Vereine in das Verbandshauptbuch ein und führt alle ihm vom Vorsitzenden übertragenen schriftlichen Funktionen aus.

§ 21. 1. Der Schatzmeister verwaltet die Verbandskasse in folgender Ordnung: Nach Einsammlung aller Vierteljahreseinkünfte zu der im § 12, Abs. 2 festgesetzten Zeit behält er in der Kasse 75 Mark zurück. Den Rest deponiert er in der vom Verband angewiesenen Bank spätestens nach Ablauf des ersten Monats in jedem neuen Vierteljahr. 2. Er ist verpflichtet, die Kasse und die Bücher den Kontrolleuren in jedem Augenblick vorzulegen, wenn er von der Kontrolle daheim angetroffen wird. 3. Für das Vermögen des Verbandes haftet er mit seinem eigenen Vermögen.

§ 22. Die Kontrolleure sind verpflichtet, einmal im Vierteljahr das Vermögen des Verbandes zu kontrollieren. Es steht ihnen dagegen das Recht zu, eine unbegrenzte Zahl von Kontrollen vorzunehmen.

§ 23. Die Beigeordneten sind in jeder Hinsicht als Vorstandsmitglieder tätig.

§ 24. Der Verbandsvorstand erstattet vierteljährlich in seinem Organ Bericht über die Verbandskasse.

§ 25. Allen an den Verbandsvorstand adressierten Briefen ist, wenn die Interessenten Antwort verlangen, eine Briefmarke für den Bescheid beizufügen.

§ 26. Vor der Behörde trägt der Vorsitzende die Verantwortung für den Verband.

§ 27. 1. Unter dem Namen „Konferenz der Vorsitzenden“ zerfällt der „Verband der Vereine polnisch-katholischer Arbeiter in Deutschland“ in einzelne Bezirke nach § 18 Abs. 4. 2. Pflicht der Konferenzen ist es, über die Entwicklung der Vereine ihres Bezirkes zu wachen.

§ 28. Dies Ziel soll erreicht werden: 1. durch Vierteljahrsversammlungen der Bezirksvorsitzenden oder ihrer Vertreter. In diesen Sitzungen werden alle Angelegenheiten besprochen, welche die Vereine des einschlägigen Bezirks betreffen, sowie auch die Anträge für die Delegiertenversammlung. 2. Mit Hilfe der Gründung einer Vortragskommission, welche sich schwach entwickelnden Vereinen mit Vorlesungen und Vorträgen jeglichen Inhalts unter Ausschluß politischer Angelegenheiten dienen soll.

§ 29. Den Vorstand der Konferenz der Vorsitzenden wählen die Delegierten unter sich und zwar für ein ganzes Jahr. Der Vorsitzende muß durch die nächste Delegiertenversammlung bestätigt werden, da er zugleich Vertreter des Verbandsvorstandes ist. Darum ist er verpflichtet, die Aufträge des Verbandsvorstandes auszuführen.

§ 30. Der Vorstand der Konferenz der Vorsitzenden setzt sich zusammen aus 1. dem Vorsitzenden und dessen Vertreter, 2. dem Schriftführer und dessen Vertreter und 3. drei Beisitzern.

§ 31. Mitglied der Vortragskommission kann jeder Pole werden, welcher von der Idee der Verbreitung von Bildung unter dem polnischen Volke im Sinne der Statuten durchdrungen ist. 2. Die Mitglieder der Vortragskommission ernannt der Vorstand der Bezirkskonferenz; sie bleiben es so

lange, als bis sich erweist, daß sie der Entwicklung des Verbandes entgegenwirken. Wenn sich das erweist, dann entsteht sie der Vorstand des Amtes. 3. Ein Mitglied der Vortragskommission hat, soweit es nicht Mitglied irgend eines zum Verbande gehörenden Vereins ist, kein Anrecht an das Verbandsvermögen.

§ 32. 1. Die Tagesordnung für die Delegiertenversammlung muß vom Verbandsvorstand wenigstens vier Wochen vorher im Verbandsorgan bekannt gegeben werden. 2. Die Beschlüsse der Delegiertenversammlung werden rechtskräftig durch Stimmenmehrheit. Im Falle von Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 33. Aus den in die Verbandskasse geflossenen Beiträgen wird vor allem die Begräbnisbeihilfe nach dem Reglement der Unterstützungskasse bezahlt. (§ 3.) Der verbliebene Überschuß wird ganz dem zu bildenden Reservefonds überwiesen, wobei dieser Fonds während der ersten 10 Jahre nicht angetastet werden kann. Wenn sich am Ende des Jahres erweist, daß die Summe der ausbezahlten Unterstützungen höher war als die Summe der Beiträge in dem gleichen Jahre, dann wird die gesamte Differenz auf alle zu dem Verbande gehörenden Vereine im Verhältnis zu der Zahl ihrer Köpfe verteilt und zwecks Sicherstellung vor Verlust zieht jeder Verein von seinen Mitgliedern eine entsprechende Summe ein und führt sie vor Ablauf des Jahres an die Verbandskasse ab.

§ 34. Der Verband kann existieren, so lange zwei Vereine ihm angehören. Wenn einer derselben austritt, tritt der übrigbleibende in den Besitz des gesamten Verbandsvermögens.

§ 35. 1. Eine Änderung des § 12 und die Auflösung des Verbandes kann eintreten auf die Einreichung eines Antrages der Konferenz der Vorsitzenden eines Bezirks an die Delegiertenversammlung hin. 2. Die Abstimmung muß namentlich von seiten aller beitragszahlenden Mitglieder erfolgen, welche den Vereinen des Verbandes angehören. Zu diesem Zwecke werden besonders hierzu bestimmte Formulare an alle Vereine des Verbandes versandt. Jedes Mitglied hat sich darin zu unterzeichnen und seine Ansicht kundzugeben. 3. Die Auflösung kann erfolgen, wenn vier Fünftel der beitragszahlenden Mitglieder der Vereine des Verbandes dafür stimmen.

§ 36. Im Falle der Auflösung wird das Verbandsvermögen unter die dann vorhandenen Vereine verteilt und zwar nach der Zahl der Mitglieder und der Jahre ihrer Zugehörigkeit zum Verbande.

Der Vorstand.

Wir bemerken noch, daß die Begräbniskasse des Verbandes im Falle des Todes eines Mitgliedes eines dem Verbande angehörenden Vereins zahlt: nach halbjähriger Zugehörigkeit 20 Mark, nach einjähriger 40 Mark, nach zweijähriger 60 Mark. Im Falle des Todes der Frau eines Mitgliedes werden nach zweijähriger Zugehörigkeit 30 Mark gezahlt.

Aus Nr. 230 des Wielkopolanin (Posen)

vom 9. Oktober 1903:

Berlin.

In einem hiesigen Standesamte wird jede Eintragung eines polnischen Namens „für einen schweren Fall“ angesehen. So wurde wiederum zu unserm Landsmann, Herrn Ostrowski, gesagt, als

er in das Amt die Geburt seiner Tochter anmelden kam. Der betreffende Beamte wollte unter keiner Bedingung die Endung „ska“, sondern „ski“ eintragen. Er behauptete, daß er eine solche Vorschrift vom Minister habe. Obwohl Herr Ostrowski Arbeiter ist, fügte er sich nicht sofort dem scharfen Vorgehen des Beamten, sondern er forderte, der Beamte solle den Namen seiner Tochter richtig eintragen. Indem sich der Beamte auf den Erlaß des Ministers Hammerstein berief, hieß er den Arbeiter beweisen, daß seine Tochter das Recht habe, sich Ostrowska zu schreiben — und nicht Ostrowski. Herr Ostrowski holte daher sein Trauzeugnis. In diesem vom Berliner Standesamt im Jahre 1902, also vor einem Jahre ausgestellten Zeugnisse ist der Name seiner Frau zum Glück ganz deutlich Marie Ostrowska geschrieben. Das genügte dem Herrn Würdenträger vom Standesamte nicht, und er verlangte von Herrn Ostrowski die Vorzeigung dessen eigenen Geburtscheines. Herr Ostrowski besorgte auch diesen. — Jener kirchliche Taufschein aber verschlimmerte die Sache, denn der Pfarrer in Kiefrz bei Posen, von welchem der Schein ausgestellt ist, hat in das Formular des Taufscheins nur den gemeinsamen Namen der Eltern des Ostrowski eingetragen, und zwar Ostrowski, darunter links schrieb er (deutsch) den Namen des Vaters „Joseph“ nieder und rechts (ebenfalls deutsch) den Namen der Mutter „Johanna“. Zwar führte er in der nebenstehenden Rubrik den Namen an, welchen die Mutter von Hause aus hatte: „Anna, geb. Mulkowska“, doch hat dies der hiesige Beamte für keinen genügenden Beweis anerkannt, indem er behauptete, die Tochter des Herrn Ostrowski müsse Ostrowski heißen, weil der Geistliche in den Taufschein den gemeinsamen Namen seines Vaters und seiner Mutter „Ostrowski“ eingetragen habe, nicht aber besonders „Joseph Ostrowski“ und „Johanna Ostrowska“.

In diesem vorliegenden Falle hat der Interessierte nicht nachgegeben, er hat das Protokoll im Standesamte nicht unterschrieben und ist entschlossen, die Angelegenheit durch alle Instanzen gehen zu lassen.

Aus Nr. 28 des Robotnik Polski (Bochum)

vom 9. Oktober 1903:

Aus Senftenberg.

Aus Senftenberg wird uns geschrieben: Am 9. August ist hier selbst ein Jünglingsverein unter dem Namen St. Antonius-Verein gegründet worden. Der neue Verein zählt 17 Mitglieder. Es könnten ihm schon mehr angehören, wenn die Polen hier für unsere Sache weniger Gleichgültigkeit zeigten und die Mitglieder des Vereins mehr um die Verstärkung der Zahl der Mitglieder besorgt sein wollten. Zu dem gibt es hier viele germanisierte Polen. Ich bitte wohl zu beachten, welches ein stolzes Menschenkind so ein germanisierter Pole ist! Bei jeder Gelegenheit rühmt er sich in der Aneipe in Gegenwart der Deutschen in folgender Weise: „Aber ich trinke sich jetzt kein Schnaps mehr, bloß Bier, bin sich kein Polak mehr.“

Die Deutschen lachen darüber, und die Polen können froh sein, daß sie einen Dummkopf los geworden sind.

Einer aus dem Verein.

Aus Nr. 232 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 9. Oktober 1903:

H e r t e n .

Der St. Barbara-Verein hielt am 4. Oktober seine Generalversammlung ab, in welcher auch der Vorstand gewählt wurde. Demselben gehören an:

Michael Krenpulec, Vorsitzender,
Fr. Stachowski, stellvertretender Vorsitzender,
Lorenz Konieczny, Schriftführer,
Thomas Urbania, stellvertretender Schriftführer,
Andreas Kasperski, Kassierer,
Karl Giedaß, stellvertretender Kassierer,
Johann Cynarek, Bibliothekar,
Valentin Bemowicz, stellv. Bibliothekar,
Andreas Rogalka, Fähnenträger,
W. Dyżma, dessen Stellvertreter,
Johann Aist und St. Gabryleczak, Fähnenjunker,
Valentin Piontkiewicz und Eduard Szymiczek,
Kassenrevisoren.

M. Krenpulec, Vorsitzender.
W. Konieczny, Schriftführer.

Aus Nr. 232 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 9. Oktober 1903:

**J a h r e s b e r i c h t
über die Tätigkeit des St. Stanislaus-
Koska-Vereins.**

C o u r t .

Im vergangenen Jahre hatte der Verein 45 Mitglieder; im Laufe des Jahres sind 22 Mitglieder aufgenommen worden, von diesen sind 8 nach Polen gereist, 5 sind wegen anderweitiger Arbeit verzogen, 8 sind wegen rückständiger Beiträge aus dem Verein ausgeschlossen worden. Gegenwärtig gehören dem Verein 46 Mitglieder an. Die Versammlungen waren gewöhnlich von 25—30 Mitgliedern besucht. Die Einnahmen betrugen 409,35 Mark, die Ausgaben 339,59 Mark, es ist somit ein Bestand von 69,76 Mark vorhanden. Aus dem Vorjahre sind verblieben 58,31 Mark, in der Kasse befinden sich insgesamt 128,07 Mark. Die Bibliothek besteht aus 143 Büchern, von denen 35 dem Verein gehören, der Rest ist Eigentum des Volkslesevereins in Posen.

In den Vorstand sind gewählt worden:

Valentin Sledz, Vorsitzender,
Michael Smukala, dessen Stellvertreter,
Franz Piechota, Schriftführer,
Viktor Lipowczyk, dessen Stellvertreter,
Peter Zielonka, Kassierer,
Joseph Grzegorzczak, dessen Stellvertreter,
Joseph Popiolek, Bibliothekar,
Joseph Brus, dessen Stellvertreter.

Val. Sledz, Vorsitzender.
Fr. Piechota, Schriftführer.

Aus Nr. 230 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 7. Oktober 1903:

**J a h r e s b e r i c h t
des St. Anton-Vereins in Freisenbruch.**

Der Verein ist am 27. Oktober 1901 gegründet worden. Im verflossenen Jahre (in der Zeit vom 1. September 1902 bis zum 1. Oktober 1903) hielt

der Verein 27 gewöhnliche und 2 Generalversammlungen ab. Der Verein hatte 75 Mitglieder, ausgeschieden sind davon 12 Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 759,30 Mark, die Ausgaben 750,02 Mark. In der am 13. September abgehaltenen Generalversammlung sind in den Vorstand gewählt worden:

Thomas Jakubowski, Vorsitzender,
Valentin Pawlicki, stellvertretender Vorsitzender,
Johann Kurajinski, Schriftführer,
Joseph Matujczak, stellv. Schriftführer,
Joseph Dybura, Kassierer,
Andreas Bientcia, stellvertretender Kassierer.
Der Vorstand.

Aus Nr. 45 des Przewodnik na obczyźnie (Bochum)
vom 13. Oktober 1903:

S u f e n , 11. Oktober 1903.

Zufolge Bekanntmachung haben sich heute mehrere hiesige Landsleute im Schütte'schen Lokale versammelt und einen neuen polnischen Verein unter dem Namen St. Michael-Verein gegründet. Eröffnet wurde die Sitzung durch Herrn Franz Brodowia mit dem polnischen Gruße „Gelobt sei Jesus Christus“, worauf von den Teilnehmern die erste Strophe des Liedes „Wer sich dem Schutze“ gesungen wurde. Herr Brodowia leitete auch die Versammlung. Nachdem er den Zweck des zu gründenden Vereins erläutert hatte, meldeten sich 21 Personen zur Aufnahme in den Verein, darunter 3 aus Dortmund.

In den Vorstand wurden einstimmig gewählt:

Fr. Brodowia als Vorsitzender,
Fr. Musial als stellvertretender Vorsitzender,
Joz. Zajdowiec als Schriftführer,
Joh. Szerzula als stellvertretender Schriftführer,
Mich. Grgier als Bibliothekar,
Joh. Stefania als stellvertretender Bibliothekar,
Joz. Mikolajczak als Kassierer,
Joh. Watrzyniak und St. Cielecki als Beiräte,
Michalak und St. Pilaski als Beisitzer.

Die Sitzungen sind mit kleinen Änderungen so angenommen worden, wie sie der Vorsitzende verlesen hatte. An der Diskussion beteiligten sich: Fr. Brodowia, Lukowski, der Redakteur des Przewodnik, Kasimir Jaroszyk aus Dortmund, Wojciechowski, der Redakteur des Wiarus, und andere. Zum Schlusse der Versammlung sprach Herr Lukowski den Wunsch aus, daß die Tätigkeit des neuen Vereins reiche Früchte tragen möge, er dankte dem Vorsitzenden für die geschickte Leitung und brachte in Anerkennung seiner bürgerlichen Bestrebungen ein Hoch auf ihn aus, in welches die Versammelten lebhaft einstimmten.

Schließlich wurde auf Anregung des Vorsitzenden ein Hoch auf den heiligen Vater und ein solches auf das Gedeihen des neu gegründeten Vereins ausgebracht.

Glück auf dem guten Willen und der ehrbaren Arbeit!

Als Organ des Vereins wurde der Przewodnik na obczyźnie ausersehen, wozu die Mitglieder ihre Zustimmung gaben.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 471 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 10. Oktober 1903:

Aus Oberschlesien.

Der Austritt des Chefredakteurs des Katolik, Herrn Napieralski, aus dem Wahlkomitee der Zentrums-
partei und dessen Eintritt in die Volkspartei, mit
welcher sich der Wahlverein verbunden hat, hatte
bereits Folgen. Der deutsche Reichstagsabgeordnete
Krolif, ein polnischer Arbeiter aus Schlesien, welcher
als Kandidat der Zentrums-
partei in dem Wahlkreise
Beuthen-Tarnowitz aufgestellt wurde, hat auf sein
Mandat verzichtet. Er will nicht als Zentrums-
abgeordneter im Reichstage sitzen. Bei der insolge-
dessen stattfindenden Ergänzungswahl wird er wieder
als Kandidat auftreten, diesmal aber als Kandidat
der Polen, welcher im Falle seiner Wahl der polnischen
Fraktion in Berlin beitreten wird.

Dies ist eine bezeichnende Tatsache und eine
gründliche Antwort für diejenigen, welche noch hofften,
daß Napieralski nur aus Spaß aus dem Zentrums-
komitee ausgetreten sei und daß er ihm wieder bei-
treten werde.

Der Entschluß des Krolif ist natürlich eine
logische Folge des Schrittes, welchen vordem Napie-
ralski getan hatte. Das Auftreten des Krolif stellt
die neue Sachlage viel plastischer dar. Der gewählte
Abgeordnete verzichtet auf sein Mandat, um nicht im
Zentrum einen Platz einzunehmen.

Er will im Reichstage das sein, was er sein
müßte und was zu sein er das Recht hat, nämlich
ein Vertreter polnischer Wähler. Die Herren Napie-
ralski und Krolif folgten der Strömung des neuen
Gedankens, andererseits aber kann von dem Augenblick
an, wo Krolif seine neue Anschauungsweise derartig
zum Ausdruck brachte, der Grundsatz einer Wahlfel-
ständigkeit bei den schlesischen Polen als für die ganze
polnische Bevölkerung in Schlesien rückhaltlos gesichert
gelten.

Der Genauigkeit halber müssen wir hinzufügen,
daß Krolif, obwohl er sich der Zentrums-
partei an-
schließen sollte, mit polnischer Stimmenmehrheit ge-
wählt wurde. Seine Wiederwahl kann denn auch —
als eines polnischen Kandidaten — als sicher be-
trachtet werden. Er wird diesmal die 7000 Stimmen
für sich haben, welche bei der letzten Wahl für
Dr. Stenslicki, den Kandidaten des polnischen Wahl-
komitees, gefallen waren. Außerdem wird er ein ganzes
Heer von Katholikenanhängern haben. Und es wird sich
herausstellen, daß in dem Wahlbezirk Beuthen-Tarno-
witz der Abgeordnete sich ganz unnötigerweise in den
Mantel eines Zentrums-
parteilers hüllte. Selbst wenn
Krolif bei der Wiederwahl nicht durchkommen sollte,
wird dies die Lage, wie sie sich jetzt in Oberschlesien
herausgebildet hat, prinzipiell in nichts ändern.

Sollen wir sie für schlecht oder für gut halten?
Es gibt hier und dort Publizisten, welche sie geradezu
in Schrecken versetzt. Mit dem Zentrum, der mächtigen
Partei brechen, welche uns wiederholt ihr Wohlwollen
bewies und uns behilflich war, das ist Wahnsinn —
rufen sie. Wir sind der Überzeugung, das Zentrum
selbst werde über die ganze Sache viel ruhiger und
vernünftiger urteilen.

Die Änderung in den schlesischen Wahlverhältnisse
ist keineswegs gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung
an die Zentrums-
partei.

Sie gibt zwar den Beziehungen der Polen zu
dem Zentrum eine andere Form, wie bisher, doch ist
ein Zusammenwirken in politischen Angelegenheiten auch

unter der neuen Form nicht unmöglich. Es war eine
Anomalie, daß die Polen Zentrumsabgeordnete dort
wählten, wo sie für sich selbst wählen konnten. Und
dort, wo sie nicht stark genug sind, um selbst zu
wählen, werden sie in Zukunft Wahlkompromisse mit
der Zentrums-
partei schließen.

Das Zentrum kann und wird auch nicht sagen,
daß diese Wendung in der Haltung der polnischen
Wähler den Beweis für überschwängliche polnische
Ansprüche liefere, denn diese werden bekanntlich in sehr
bescheidenen Grenzen gehalten.

Das eine nur ist wahr, daß die Schwankung ein
Zeugnis ablegt für die Unzufriedenheit der schlesischen
Polen mit der bisherigen Haltung des Zentrums und
mit seiner bisherigen Fürsorge für das Wohl der-
jenigen polnischen Wähler, welche ihre Stimmen für
die Zentrumsabgeordneten abgaben. Diese Unzufrieden-
heit mußte irgendwie zum Ausdruck kommen und es
ist gut, daß sie zum Ausdruck gekommen ist. Von
nun an werden auf beiden Seiten clara pacta
herrschen und das ist stets besser, als unklare Paktten.
Die Freundschaft des Zentrums für die Polen ist ohne
Bedeutung, wenn das Zentrum deren Interessen gering-
schätzt; andererseits kann das Zentrum auf die Hilfe
der Polen mit Sicherheit rechnen, wenn es seine Pro-
tektion loyal und ehrlich ausüben wird.

Aus Nr. 231 der „Nowa Reforma“ (Krakau)

vom 10. Oktober 1903:

Der Sündenvergebung wegen nach Krakau.

Heute früh kam ein polnischer Bauer aus Bogn-
schütz in Oberschlesien nach Krakau, welchem die
dortigen deutschen Geistlichen die Sündenvergebung
verweigerten, weil er gelegentlich der Wahlen für
Korfaun gestimmt hatte. Um sein Gewissen zu er-
leichtern, begab sich der brave polnische Bauer nach
Krakau und beabsichtigt bei den Auferstehungs-Ordens-
brüdern zu beichten, in der festen Überzeugung, daß
diese Geistlichen ihm nicht die Erfüllung einer National-
pflicht als schwere Sünde anrechnen werden. Dieser
Fall ist recht bezeichnend für die in Oberschlesien
herrschenden, geradezu schrecklichen Verhältnisse und für
die Martern, welche seitens der dortigen Geistlichkeit
dem Herzen und der Seele des dortigen durch und
durch religiösen polnischen Volkes zugefügt werden.

Aus Nr. 461 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 4. Oktober 1903:

Der preussische Landtag und die polnische Frage.

Die auf einem indirekten Wahlsystem beruhenden
preussischen Landtagswahlen rufen naturgemäß kein so
lebhaftes Interesse hervor, als die direkten Reibungen
von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
Strömungen gelegentlich der deutschen Reichstags-
wahlen. Wenn wir dabei bedenken, daß das bei den
preussischen Landtagswahlen zu Recht bestehende Wahl-
system die breiten Bevölkerungsschichten von der direkten
Beteiligung bei dem Wahlakt selbst ausschließt, daß
ferner die öffentliche Stimmenabgabe einen unerträg-
lichen Druck auf alle, sei es in politischer, gesellschaft-
licher oder wirtschaftlicher Hinsicht ausübt, so ist eine
gewisse Ruhe, welche im Gegensatz zu der stürmischen
Agitation vor den deutschen Reichstagswahlen die
Vorbereitungen der einzelnen Parteien zu den preussischen
Landtagswahlen kennzeichnet, leicht erklärlich.

Diesmal wird die Wahlagitation aus dem Grunde ein etwas lebhafteres Tempo annehmen, weil die Sozialisten, welche bei den letzten Reichstagswahlen einen so großen Sieg davongetragen haben, die Absicht haben, auch bei der bevorstehenden Landtagswahl ihr Glück zu versuchen. Da jedoch der Vorstand der sozialdemokratischen Partei sich gelegentlich des letzten Parteitages in Dresden entschieden gegen jedes Kompromiß mit den liberalen Parteien erklärte, die Sozialdemokraten aber mit ihren eigenen Kräften keinen Kandidaten durchzubringen im Stande sind, so wird deren Beteiligung an der Wahl wahrscheinlich keine wesentliche Änderung in der Zusammensetzung des Landtages zur Folge haben. Übrigens scheint auch der auf dem Gebiete der preussischen Politik herrschende Mangel an jeglichem Problem, welches diejenigen Bevölkerungsschichten, denen das preussische Wahlgesetz ein so anormales Übergewicht in der Vertretung der Nation zusichert, entusiastisieren könnte —, die Wahrscheinlichkeit einer derartigen Änderung ausgeschlossen.

Auf die Weise wird der Wahlkampf vorwiegend unter den bereits ziemlich altersmorschen Losungen des Liberalismus und Konservativismus geführt werden. Die liberalen Blätter setzen heute schon ihre Leser durch das Gespenst der konservativen Reaktion in Schrecken und fordern die liberalen Bürger zu einem energischen Sturm gegen die konservative Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses auf. Bei den letzten Reichstagswahlen haben diese Bürger einen schlagenden Beweis ihrer politischen Ohnmacht geliefert, sie vermochten nämlich nicht, sich vor dem Andrang der Arbeiterklassen zu schützen. Das preussische plutofratische Wahlgesetz schützt sie zwar vor diesen Schichten, sichert jedoch andererseits den über die Stimmen der ländlichen Wähler verfügenden Konservativen den Löwenanteil an Mandaten zu, welche ihnen aller Wahrscheinlichkeit nach auch diesmal die liberalen Parteien und wenn sie auch, was sehr zweifelhaft ist, ihre inneren Zwistigkeiten aufgeben und einmütig gegen den gemeinschaftlichen Feind kämpfen wollten, nicht nehmen werden.

Übrigens ist die konservative Reaktion nichts anderes, als nur eine Fiktion, mit welcher die liberalen Agitatoren die kritiklosen Philister in Schrecken setzen. Eine derartige Reaktion schließt schon der bescheidene — allgemein genommen — Kompetenzbereich des preussischen gesetzgebenden Körpers aus. Es gibt übrigens Gebiete, auf welchen dieser Körper zusammen mit der Regierung alleinherrschend ist. Zu diesen Gebieten gehört vor allen Dingen die sogenannte polnische Frage. Diese Angelegenheit ist fast ausschließlich eine innere preussische Frage, welche sich der Macht des deutschen Reichstages entzieht. Der preussische Landtag erließ das Ansiedelungsgesetz und eine ganze Reihe anderer antipolnischer Mittel, im preussischen Landtage liegt der Schwerpunkt der Germanisierungspolitik in den Ostmarken der Monarchie und im Landtage wird sich nach wie vor das Schicksal der polnischen Bevölkerung unter der preussischen Herrschaft abspielen.

Für diese Bevölkerung hat denn auch das Ergebnis der preussischen Landtagswahlen eine viel größere Bedeutung, als die Zusammensetzung der Parteien im deutschen Reichstage. Eine gründliche Änderung dieser Kammer könnte sofort den bisherigen Kurs der antipolnischen Politik anders gestalten, die Polen zu gleichberechtigten Bürgern der preussischen Monarchie machen, welche den fortwährenden Ausnahmegeetzen und Verfolgungsmaßnahmen nicht ausgesetzt sein würden. Für eine derartige Änderung

spricht, wenigstens augenblicklich, nichts. Sogar der Sturz der bisherigen konservativen Mehrheit würde die Lage der polnischen Bevölkerung in nichts bessern. Die von den Konservativen verlorenen Mandate würden nämlich höchstwahrscheinlich in den Besitz der Nationalliberalen, gerade der gefährlichsten Feinde des polnischen Elements übergehen. Von einem Siege aber der wahrhaft freisinnigen Richtung kann in den jetzigen Zeiten des vorherrschenden nationalen Chauvinismus umsoweniger die Rede sein, als das preussische Wahlsystem fast den ganzen politischen Einfluß in die Hand derjenigen Bevölkerungsschichten legt, welche diesen Chauvinismus am meisten verkörpern.

Wir wissen nicht, ob und inwieweit die Ankündigungen neuer antipolnischer Maßnahmen, welche die preussische Regierung dem neuen Landtage vorzulegen beabsichtigt, sich verwirklichen werden. Jedenfalls aber kann schon heute mit ziemlicher Sicherheit behauptet werden, daß die betreffenden Maßnahmen auf keinen allzu energischen Widerstand in diesem Körper stoßen werden. Die nur einige wenige Mitglieder zählende polnische Fraktion ist machtlos. Wenn das letzte in Oberschlesien geschlossene Kompromiß ihre Reihen auch verstärken sollte, so wird sie immer zu schwach sein, um eine Wendung zum Besseren in dem den Polen feindlich gesinnten Landtage herbeiführen zu können.

Die Verteidigung der polnischen Interessen seitens der Zentrumspartei wird nach den letzten Vorkommnissen diesmal wahrscheinlich keine sehr energische sein. Übrigens verfügt das Zentrum, zusammen mit den Freisinnigen, kaum über den vierten Teil der Stimmen des preussischen Abgeordnetenhauses, es steht also der ungeheuren konservativ-nationalliberalen Mehrheit gegenüber, welche rückhaltlos die germanisatorische, alle antipolnischen Gesetze und Maßnahmen eifrig beschließende Regierungspolitik billigt, machtlos da. Anscheinend unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Mehrheit in unveränderter oder nur wenig geschwächter Stärke in die neue Kammer einziehen wird. Auch wird sich die Rolle der polnischen Fraktion nicht ändern. Die gemäßigten oder energischen oder gar gewalttätigen Stimmen ihrer Vertreter werden nach wie vor die Stimme eines in der Wüste Rufenden sein, werden demselben bösen Willen und Glauben wie früher begegnen.

Aus Nr. 222 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 30. September 1903:

In Galizien und im preussischen Anteil.

Zu welcher Wohltat für eine Gesellschaft die genossenschaftliche Selbsthilfe auf dem wirtschaftlichen und in weiterer Folge auch auf dem nationalen Gebiete werden kann, dafür liefert der preussische Anteil den besten Beweis. Wenn dort heute die gewaltigen Angriffe des fünfzig Millionen Einwohner zählenden, über viele Milliarden verfügenden und vor dem nichts-würdigsten Boykott der polnischen Erwerbstätigkeit nicht zurückschreckenden deutschen Reiches an der Widerstandskraft der polnischen Gesellschaft erfolglos zurückprallen, so ist dies hauptsächlich der umfangreichen wirtschaftlichen Genossenschafts-Organisation dieser Gesellschaft zu verdanken. Genossenschaften nach dem Raiffeisenschen System gibt es dort fast garnicht. Die in dieser Hinsicht maßgebenden Faktoren hatten

für die dortigen Verhältnisse das Schulze-Dehligsch System, welches heute neueren, durch die preußische Gesetzgebung verbesserten Typen Platz machte, für praktischer. Die organisatorische Bewegung auf diesem Gebiete nahm dort bereits vor vierzig Jahren ihren Anfang, aber erst im Jahre 1873 entstand der erste Verband polnischer Erwerbsgenossenschaften, welcher 43 polnische Genossenschaften in Westpreußen und der Provinz Posen umfaßt. In Schlesien entstanden die ersten Genossenschaften erst vor sechs Jahren, welche bis jetzt dem Verbande nicht angehörten. Diese 43 Genossenschaften zählten im Jahre 1873 bis 7660 Mitglieder, deren Anteile 623 486 Mark betrugen. Die Depositen, oder die in den Genossenschaften hinterlegten Spareinlagen erreichten die Höhe von 2 001 000 Mark die Reservefonds betrugen 74 296 Mark und der Reingewinn erreichte in diesem Jahre die Höhe von 35 946 Mark. Heute d. i. am Ende des Jahres 1902, nach Verlauf von 29 Jahren, zählen wir in der Provinz Posen 138 polnische Genossenschaften mit 62 135 Mitgliedern. Heute betragen die Anteile dieser Mitglieder bereits $9\frac{1}{4}$ Millionen Mark, die Reservefonds über $3\frac{1}{2}$, der Reingewinn für das Jahr 1902 871 000 und die Spareinlagen über 49 Millionen Mark, zu welchen 52 000 Deponenten beigetragen haben. Diese Zahlen erhalten in unseren Augen eine um so größere Bedeutung, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die polnische Bevölkerung der Provinzen Westpreußen und Posen kaum 2 Millionen Seelen beträgt.

Aus dem uns fast gleichzeitig mit dem Jahresbericht der Raiffeisen'schen Genossenschaften in Galizien zugegangenen, unlängst erschienenen Rechenschaftsberichte des Patronats des Genossenschaftsverbandes in Preußen erfahren wir, daß die Mitgliederzahl dieser Genossenschaften im preußischen Anteil, trotz des ungeheueren Druckes und Boykott der polnischen Bevölkerung seitens der Deutschen im Jahre 1902 um 5000, der Betrag der Anteile um eine Million, die Reservefonds um beinahe 400 000 und, was am wichtigsten ist, die Spareinlagen um ganze 7 Millionen Mark gestiegen sind. Wenn wir aber zu diesen Zahlen noch die in der Verbandsbank der Genossenschaften niedergelegten etwa 9 Millionen Mark und die in den schlesischen Volksbanken bereits angesammelten 15 Millionen Mark hinzurechnen, so erhalten wir die ungeheure Summe von 90 Millionen Mark oder über 100 Millionen Kronen, welche aus eigener Kraft von der dortigen 3 Millionen zählenden polnischen Gesellschaft als „nervus rerum“ angesammelt worden sind. Auf diesen Betrag stützt sich heute der polnische Handel und die polnische Industrie, ihm verdanken sie, daß sie heute dem deutschen Boykott die Stirn bieten können. Und das fortwährende Steigen der Kapitalien in diesen Genossenschaften ist die beste Antwort auf die chauvinistischen Angriffe des Sokatismus.

Die ehemals polnischen Landesteile in Preußen sind uns in dieser Hinsicht bedeutend zuvorgekommen. Im Verhältnis zu Preußen müßte das 7 Millionen Einwohner zählende Galizien mindestens 250 Millionen Kronen in seinen Genossenschaften haben. Wie viel fehlt uns leider noch zu diesem Betrage!

Aus Nr. 7—8 des *Goniec Polski* (Paris)
vom August bis September 1903:

Sitzung der Oberaufsichts-Kommission des Nationalarchivs.

Die Oberaufsichts-Kommission des Nationalarchivs war in Rapperswyl am 2. und 3. August d. J. zu einer Sitzung zusammengetreten. Die diesjährigen Beratungen werden in der Geschichte des Nationalarchivs eine große Bedeutung haben und zwar mit Rücksicht auf die beschlossene Änderung des Verhältnisses des Nationalarchivs zu dem Rapperswyl'schen Museum. Bekanntlich befanden sich bis jetzt die Schatzfonds als Depositen im Museum und der Museumsrat verfügte über deren Unterbringung. In Zukunft ist jeder Zusammenhang zwischen dem Museum und dem Schatz abgebrochen. Der Museumsrat und der ausführende Ausschuß des Auswanderungsverbandes nahmen gemeinschaftlich folgenden Beschluß an:

„Das bei der Gründung des Nationalarchivs zwischen diesem und dem National-Museumsrate in Rapperswyl geschlossene Depositatverhältnis wird aufgelöst, die hinterlegten Fonds werden erhoben und an die Oberaufsichts-Kommission des Nationalarchivs ausgehändigt.“

Diesen Beschluß veranlaßt vor allen Dingen die Sicherheit des Nationalarchivs, demnächst erheischen dies das Wohl und die Entwicklung des Museums. Die in dem Nationalarchiv hinterlegten Fonds verliehen dem Museum einen politischen Charakter, was für eine derartige Anstalt unerwünscht ist und deren Entwicklung schadet. Außerdem erschwerte das Verhältnis, welches zwischen dem Museum und dem Nationalarchiv bestand, den Verkehr mit anderen derartigen Anstalten im Auslande und sogar mit den einheimischen in Rußland und Preußen. Auch verlangte die Verwaltung der heute schon ziemlich bedeutenden Schatzfonds einen größeren Zeitaufwand, als damals, wie der Schatz im Entstehen war und mit Recht wurde die Arbeit der Oberaufsichts-Kommission des Nationalarchivs übertragen, welche um vier Mitglieder (einstweilen um 2) vermehrt wurde. Angesichts dieser Änderung trägt natürlich zur Zeit die Oberaufsichts-Kommission die ganze Verantwortlichkeit.

In Zukunft wird der Nationalarchiv nicht nur nichts Gemeinschaftliches mit dem Museum, sondern auch mit Rapperswyl selbst haben; sein amtlicher Sitz ist der Wohnsitz des Vorsitzenden und Schriftführers der Oberaufsichts-Kommission (zur Zeit des Obersten J. Mikowski-Zürich, Streulistraße 31). Die Art und Weise, wie die Fonds bereits untergebracht worden sind, bleibt selbstverständlich ein Geheimnis.

In die Oberaufsichts-Kommission wurden einstweilen 2 Mitglieder gewählt: Prof. Wenzel Gajstowtt aus Paris und Dr. Leonhard Tarnawski, Landtagsabgeordneter aus Przemyśl; für die beiden noch nicht besetzten Stellen sollen Mitglieder aus dem Lande, namentlich aus dem russischen Anteil einberufen werden und werden deshalb deren Namen nicht veröffentlicht werden. Wir erwähnen ferner das Auftreten der Fortschrittjugend auf dem Delegiertentage, welches deren Einspruch und die Antwort des Obersten Mikowski zur Genüge rechtfertigt. Die Tatsachen sprechen für sich selbst und wir brauchen den mindestens unüberlegten Schritt der Delegierten und deren Mandanten nicht zu beurteilen.

